Nr. 52. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 4 Mk., für das übrige Ausland 5 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I. Nr. 4186.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 2. März 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Kann Europa abrüsten?

II.

Die internationale Feststellung der Maximaldienstzeit bei der Fahne würde die Armee aller Mächte gleichmäßig treffen. Es wird allgemein angenommen, daß bei Armeen, deren Mannschaft noch kein Pulver gerochen, für die erste Zeit eines Feldzugs die Länge der aktiven Dienstzeit — innerhalb gewisser Grenzen — den besten Maßstab abgiebt für ihre Verwendbarkeit in allen Kriegslagen, namentlich für den strategischen wie taktischen Angriff. Unsre Krieger von 1870 haben die furia francese des Bajonnetangriffs der langgedienten kaiserlichen Infanterie und die Wucht der Kavallerie-Attaken von Wörth und Sedan hinreichend kennen und achten gelernt; sie haben aber auch bei Spichern, gleich im Beginn des Kriegs, bewiesen, daß sie — selbst in der Minderzahl — dieselbe Infanterie aus einer starken Stellung werfen konnten. Also im allgemeinen zugegeben: innerhalb gewisser, je nach dem Nationalcharakter verschiedener Grenzen, entscheidet bei nicht kriegsgewohnten Truppen die Länge der Dienstzeit bei der Fahne über die allgemeine Kriegsverwendbarkeit und namentlich über die Tüchtigkeit zur Offensive.

Gelingt es, eine Maximalgrenze dieser Dienstzeit international festzusetzen, so bleibt das relative Tüchtigkeitsverhältniß der verschiedenen Armeen so ziemlich was es heute ist. Was die eine an unmittelbarer Verwendbarkeit einbüßt, das büßen die anderen auch ein. Soweit heute die Ueberrumpelung eines Staats durch den andern ausgeschlossen ist, soweit bleibt sie es auch dann. Der Unterschied der aktiven Dienstzeit z. B. in Frankreich und Deutschland ist bis jetzt nicht der Art gewesen, daß er ins Gewicht fällt; auch unter der verkürzten Dienstzeit würde, ganz wie heute, alles darauf ankommen, wie in jeder der beiden Armeen die vereinbarte Dienstzeit benutzt wird. Im übrigen würde die relative Stärke der beiden Armeen ganz dem Verhältniß der Bevölkerung beider Länder entsprechen, und nachdem die allgemeine Wehrpflicht einmal wirklich durchgeführt ist, wird bei Ländern annähernd gleicher ökonomischer Entwicklung (worauf der Prozentsatz der Untauglichen beruht) die Bevölkerungszahl immer den Maßstab der Heeresstärke abgeben. Da giebt es keine Kunststücke mehr wie die preußischen von 1813; der Rahm ist abgeschöpft.

Aber sehr viel hängt eben davon ab, wie die festgesetzte Dienstzeit ausgenutzt wird. Und da giebt es fast in allen Armeen Leute, die etwas erzählen könnten, wenn sie — dürften, denn die liebe Geldnoth hat überall dazu gezwungen, einen Theil der Rekruten nur „nothdürftig", in ein paar Monaten, auszubilden. Da muß man sich auf das Wesentliche beschränken, da fliegt ein ganzer Haufen traditioneller Firlefanz in die Ecke, und da findet man, zu seiner eigenen Ueberraschung, wie wenig Zeit dazu gehört, aus einem passabel gewachsenen jungen Mann einen Soldaten zu machen. Wie das bei der deutschen Ersatzreserve die einübenden Offiziere in Erstaunen versetzt, hat Bebel im Reichstag erzählt. In der österreichischen Armee giebt es Offiziere die Menge, die da behaupten, die Landwehr, die mit der deutschen Ersatzreserve ungefähr gleiche Dienstzeit hat, sei besser als die Linie. Kein Wunder. Hier fehlt die Zeit, die bei der Linie mit den herkömmlichen und deswegen geheiligten Narrheiten vertrödelt wird, und eben deswegen wird sie nicht vertrödelt.

Das deutsche Exerzier-Reglement für die Infanterie von 1888 beschränkt die taktischen Formationen für das Gefecht auf das Nothwendige. Neues enthält es nicht; die Gefechtsfähigkeit in allen Inversionsstellungen hatten schon die Oesterreicher nach 1859, die Bildung aller Bataillonskolonnen durch einfachen Zusammenschluß der vier Kompagniekolonnen hatten die Darmhessen um eben dieselbe Zeit eingeführt und mußten sich diese rationelle Formation nach 1866 von den Preußen wieder verbieten lassen. Im übrigen beseitigt das neue Reglement einen massenhaften Wust altfränkischer, ebenso nutzloser wie geheiligter Zeremonien; gerade ich habe absolut keinen Anlaß, daran zu kritteln. Ich hatte mir nämlich nach dem Krieg von 1870 den Luxus gestattet, ein Schema der, der heutigen Kriegführung angemessenen geschlossenen Formationen und Bewegungen der Kompagnie und des Bataillons zu entwerfen, und war nicht wenig verwundert, dies Stück „Zukunftsstaat" in den betreffenden Abschnitten des neuen Reglements fast in allen Zügen verwirklicht zu finden.

Aber das Reglement ist eins, und die Ausführung ist ein anderes. Das Kamaschenrittertum, das in allen Friedensepochen in der preußischen Armee florirt hat, bringt die in der Vorschrift abgeschaffte Zeitvergeudung wieder herein durch die Hinterthür der Parade. Da ist auf einmal der Paradedrill absolut nothwendig als Gegengewicht gegen die Unbändigkeit der zerstreuten Gefechtsordnung, als einziges Mittel zur Schaffung wahrer Disziplin u. s. w. u. s. w. Das heißt nichts anderes, als daß Ordnung und Disziplin nur dadurch herzustellen sind, daß man die Leute gänzlich nutzlose Dinge üben läßt. Allein die Abschaffung des „Stechschritts" würde ganze Wochen für rationelle Uebungen freisetzen, abgesehen davon, daß dann die fremden Offiziere eine deutsche Revue ansehen könnten, ohne sich das Lachen zu verbeißen.

Eine ähnlich veraltete Institution ist der Wachtdienst, der auch nach althergebrachter Vorstellung dazu dient, die Intelligenz und besonders das Selbstdenken der Leute zu entwickeln, indem man ihnen die Kunst beibringt — falls sie sie nicht schon verstehen — zwei Stunden lang auf Posten an gar nichts zu denken. Bei der heutigen allgemeinen Sitte, den Vorpostendienst im Terrain zu üben, hat das Postenstehen in der Stadt, wo es doch Sicherheitspolizei aller Art giebt, allen Sinn verloren. Man schaffe es ab, man wird mindestens zwanzig Prozent freie Dienstzeit für's Militär, und Sicherheit auf den Straßen für's Zivil gewinnen.

Dann giebts überall eine Menge Soldaten, die unter allerlei Vorwänden möglichst wenig Dienst thun: Kompagniehandwerker, Offiziersburschen u. s. w. Da läßt sich auch manches ändern.

Ja — aber wie ist's mit der Reiterei? Die muß doch längere Dienstzeit haben? — Wünschenswerth ist's gewiß, wenn man mit Rekruten zu thun hat, die weder reiten noch Pferde warten können. Aber da läßt sich auch manches thun. Wenn die Pferderationen weniger kärglich bemessen wären — die Pferde müssen ja zum Manöver erst aufgefüttert werden, um auf das Normalmaß von Kräften zu kommen! — und wenn bei jeder Schwadron eine Anzahl überzähliger Pferde vorhanden wären, so daß die Leute mehr und länger im Sattel üben könnten, kurz wenn man einmal ernstlich daran ginge, die verkürzte Dienstzeit durch intensiveres Betreiben der wesentlichen und durch Beseitigung der überflüssigen Dinge aufzuwiegen, dann würde man bald finden, daß es auch so geht. Auch für das Remontereiten, auf das man sich jetzt so sehr stützt, und dessen unbedingte Nothwendigkeit ich gern zugebe, werden sich Mittel und Wege finden lassen. Und übrigens steht ja nichts im Wege, für so lange man es nöthig hält, das System drei- oder vierjähriger Freiwilliger, oder auch Kapitulanten, für Reitertruppen beizubehalten und auszudehnen — gegen entsprechende Kompensationen in der Reserve- und Landwehrpflicht, ohne die man dergleichen nicht bekommt.

Wenn man auf die militärischen Autoritäten hört, da ist das freilich anders. Da geht das alles absolut nicht, da darf an nichts gerüttelt werden, ohne daß alles zusammenbricht. Ich habe aber jetzt schon seit fünfzig Jahren so viel militärische Institutionen heute als unantastbar und geheiligt ausposaunen, und morgen rücksichtslos in die Rumpelkammer werfen sehn, und zwar von genau denselben Autoritäten; ich habe ferner so oft gesehen, daß, was in der einen Armee über das Bohnenlied verhimmelt, in der andern unter der Kanone befunden wurde; ich habe so oft erlebt, daß die altbewährtesten und höchstgepriesenen Gewohnheiten und Einrichtungen vor dem Feind sich als Thorheit erwiesen; ich habe endlich so oft erfahren, daß in jeder Armee eine besondere konventionelle Tradition besteht, die, für die unteren Chargen, den gemeinen Mann und das Publikum bestimmt, von den höheren Vorgesetzten gepflegt, von den selbstdenkenden Offizieren aber belächelt und von jedem Feldzug in Nichts aufgelöst wird — kurz ich habe da so viel geschichtliche Erfahrungen gemacht, daß ich jedem rathe, gegen nichts mißtrauischer zu sein, als gegen militärisches „Fachurtheil".

Friedrich Engels.

Die Eisenbahnarbeiter in Preußen.

In den von uns bereits gestern (Preußische Finanzen) besprochenen Anlagen der verstärkten Budgetkommission findet sich auch etwelches Material zur Erkenntniß der Eisenbahn-

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [28

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Als Sina im Begriff war einzutreten, nahm Andrej ihre Hand unter seinen Arm und zog sie hinweg.

„Rochalskij ist aller Wahrscheinlichkeit nach sicher," sagte er. „Er ist es ohne Zweifel, da Sie es sagen. Was schadet es aber, wenn Sie zwei Minuten auf der Straße warten, während ich hinauflaufe, um Erkundigungen einzuziehen?"

„Eine sonderbare Hartnäckigkeit bemächtigte sich seiner. Diese unbedeutenden Zeichen, welche auf seine Empfindungen wirkten, aber keine bestimmten Vorstellungen erzeugten, riefen in ihm das hervor, was abergläubische Leute Vorahnung nennen würden. Sina theilte sie aber nicht. Sie war an den Ort gewöhnt und hatte erst gestern Rochalskij gesucht.

„Unsinn!" sagte sie, ihre Hand losmachend.

„Wenn sie mich nicht allein gehen lassen wollen, werde ich überhaupt nicht gehen," sagte Andrej trotzig.

Sina zuckte mit den Achseln und sah ihm ins Antlitz. Diese Hartnäckigkeit machte auf sie gegen ihren Willen großen Eindruck.

„Wenn Sie aber glauben, daß die Sache eines Argwohns werth ist, so thäten wir besser, überhaupt nicht hineinzugehen, sondern auf- und abgehend, auf der Straße die Rückkehr eines Gastes abzuwarten.

Es war sicherlich das Vernünftigste, was man thun konnte. Menschen können aber nicht immer vorsichtig sein. Ein Trunkenbold, welcher tapfer an der Thür des ersten Wirthshauses vorübergegangen ist, läuft um so größere Gefahr in das nächste zu gerathen. So fühlt sich oft ein Mensch, der soeben einen vorsichtigen Schritt gethan, geneigt, den nächsten um so thörichteren nicht zu unterlassen.

Sina und Andrej wechselten jetzt ihre Rollen.

„Man muß nicht so viel Lärm um einer Kleinigkeit willen machen", sagte Andrej.

„Wir können Stunden auf der Straße zubringen, ohne jemand zu sehen. Warten Sie an dieser Ecke, in einer Minute bin ich zurück."

Er betrat den Flur. Nichts regte sich. Eine Todtenstille herrschte im ganzen Hause. Als er die erste Treppenflucht bestieg, öffnete sich eine Thür. Ein runzliches bartloses Gesicht — Andrej konnte nicht sehen, ob es das eines alten Mannes oder einer alten Frau war — kam zum Vorschein, warf ihm einen scharfen prüfenden Blick zu und verschwand sofort. Er hörte, wie die Thür zuschlug und hastig von innen verriegelt wurde.

„Sonderbar!" Andrej bestieg die Treppen mit so vorsichtigem Schritte, als es sich mit der Nothwendigkeit, keinen Argwohn zu verrathen, vereinbaren ließ. Er mußte sich unbedingt vergewissern, wie es um Rochalskij stand, da am nächsten Tage dort die Versammlung abgehalten werden sollte.

Er entwarf sofort seinen Kriegsplan. Er würde den dritten Stock, in dem Rochalskij wohnte, passiren und zum vierten hinaufsteigen. Dort wollte er die Namen der Inwohner lesen, dann hinabsteigen und bei Rochalskij läuten. Wenn die Polizei die Thüre öffnete, würde er, als ob er sich geirrt hätte, nach den Bewohnern des vierten Stockes fragen. Auf jeden Fall war es gut, die Waffen, die ihn nie verließen, bereit zu halten.

Er knöpfte seinen Pistolenhalfter auf, und schob den Dolch, der ihm an der Seite hing, vor, so daß er ihn im Nothfalle zur Hand hatte.

Als er den Flur erreichte, auf dem Rochalskij's kleines Messingschild sichtbar wurde, hielt er einen Augenblick inne. Er konnte zu keinem Entschluß kommen, ob er höher steigen sollte oder nicht. Im Prinzip war sein Plan gut; es lag nur die Gefahr nahe, daß ihm der Rückzug abgeschnitten werde. Er machte sich innerlich Vorwürfe, Sina, welche es vielleicht wußte, nicht nach dem Namen der oberen Miether gefragt zu haben. Das Geräusch einer rasch entriegelten Thür und das charakteristische Säbel- und Sporengerassel überhob ihn jeder Zögerung. Die Polizei war in Rochalskij's Wohnung. Vier Gendarmen waren mit dem Befehl, jeden Ankommenden zu verhaften, im Korridor aufgestellt.

Sie hörten Andrej's vorsichtige Schritte und warteten nur, bis er die Glocke berühre, um die Thüre zu öffnen und auf ihn zu stürzen. Da er nicht läutete, fürchteten sie, er könnte ihnen entwischen, weshalb sie's für gerathen hielten, einen Ausfall zu machen. Bevor ihnen aber gelang, die Thüre zu öffnen, hatte sich Andrej bereits abwärts gewandt und flog wie ein Ball die Treppe hinunter. Die Gendarmen sah er nicht, er hörte nur ihr Geschrei, ihr Getrampel und das Säbelgeklirr, als sie hinter ihm hereilten. Es war eine tolle Jagd. Sie sahen sich nicht, sondern nahmen einander nur durch das Gehör wahr. Aber der Wettlauf zwischen den plumpen Soldaten, die mit ihren langen Kavallerie-Säbeln beladen waren, und einem gelenkigen

arbeiter-Zustände. Herr Thielen war von der neugierigen Kommission befragt worden, in welchem Umfange eine abgekürzte Dienstzeit und die Sonntagsruhe durchgeführt würde und welches die dadurch entstandenen ungefähren Mehrkosten seien. Darauf entgegnet der Eisenbahnminister (a. a. O. S. 15):

„Angaben darüber, in welchem Umfange im Jahre 1891/92 die Dienstzeit abgekürzt und dem Personal mehr Sonntagsruhe gewährt ist, würden ohne eingehende nachträgliche Ermittelungen nicht gemacht werden können. Da inzwischen eine Umarbeitung der bisherigen Vorschriften erfolgt und die allmälige Durchführung der neuen Vorschriften vom Etatsjahre 1893/94 ab in Aussicht genommen ist, so wird eine weitere Erörterung der Angelegenheit bei der Berathung des Etats 1893/94 erfolgen müssen. Ermittelungen für die Vergangenheit, welche viel Zeit in Anspruch nehmen würden, dürften daher kaum von besonderem Interesse sein."

Wir sind nicht optimistisch genug, daß wir wähnten, die Klassenwahl-Erkiesten des Abgeordnetenhauses würden trotz der angeblich so zeitraubenden Arbeit einer Ermittelung von Herrn Thielen Aufschluß über die Vergangenheit fordern. Obwohl eine sozialstatistisch brauchbare Aufnahme über die Beschäftigungsdauer der Eisenbahn-Angestellten helles Licht ausschütten muß über die Leistungsfähigkeit des sozialen Königthums, über das Wesen der staatlichen Musterbetriebe, über Schein und Wirklichkeit, über die Ursache zahlreicher Eisenbahnunfälle, sind solche Untersuchungen nach dem gewiß maßgebenden Urtheile des Herrn Thielen „kaum von besonderem Interesse". Für ihn, für die bürgerlichen Parteien trifft diese Auffassung gewißlich zu. Aber die Vertreter der Arbeitersache, die Arbeiterschaft selbst haben das lebhafteste Interesse an der Ermittelung all dieser Dinge. Darum eben ist sie — „kaum von besonderem Interesse". Ueber die Arbeiterlöhne im Rechnungsjahre 1891/92 wird mitgetheilt, daß nach den Angaben der königlichen Eisenbahndirektionen die Ausgaben im Durchschnitt für einen Arbeiter betrugen:

im Direktionsbezirk	Bei den im Betriebe beschäftigt. Arbeitern	Bei den für die Bahn-Unterstützung beschäftigten Arbeitern (Streckenarbeitern)	Bei den Werkstätten-arbeitern
	M.	M.	M.
Altona	978	702	1101
Berlin	787	560	1060
Breslau	623	452	986
Bromberg	615	471	912
Köln (linksrh.)	812	631	1007
„ (rechtsrh.)	858	702	942
Elberfeld	825	669	1076
Erfurt	770	617	1163
Frankfurt a. M.	794	618	963
Hannover	758	595	1099
Magdeburg	831	650	1099
In Preußen überhaupt	**782**	**606**	**1035**

Mit solch kläglichen Löhnen speist die preußische Sozialreform von oben ihre Arbeiter ab. Es versteht sich am Rande, daß dieses Arbeitseinkommen unzureichend ist. Man erwäge nur, welch gefährlicher, aufreibender Thätigkeit sich die beim Betriebe und für die Bahnunterhaltung gebrauchten Arbeitskräfte zu unterziehen haben. Und diese Lohnstatistik ist nach berühmten Mustern zusammengeklopft, ohne Unterscheidung der in den drei Hauptgruppen beschäftigten Kategorien nach Alter, Beruf u. s. w. Trotzalledem ist das Ergebniß gegenüber dem ruhmredigen Gebahren der amtlichen Sozialreformer für diese auf das äußerste beschämend. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März.

Aus dem Reichstage. Die Wahlprüfungskommission beantragt, die Wahl des nationalliberalen Abgeordneten Oechelhäuser, des Talmi-Sozialreformers, für giltig zu erklären und den Beweisbeschluß des Reichstags, diese Wahl betreffend, vom 11. April 1891 für erledigt zu erachten. —

Zur Militärvorlage. Die Friedenspräsenzstärke des französischen Heeres ist in der Begründung der Militärvorlage auf 519 000 Mann angegeben worden. Nach dem Bericht der französischen Budgetkommission über den Staatshaushalt Frankreichs von 1893 beträgt die wirkliche Friedenspräsenzstärke, abzüglich der Kranken, Beurlaubten, Verurtheilten, Fahnenflüchtigen u. s. w., nur 484 665 Mann. Die deutsche Friedenspräsenzstärke beträgt bekanntlich einschließlich der Einjährigen 497 000 Mann, und zwar ausschließlich der in der Ausbildung begriffenen Ersatzreserve. Es kommt noch dazu, daß in die französische Präsenzstärke Kategorien von Militärpersonen eingerechnet werden, welche in Deutschland in die Präsenzstärke nicht einbegriffen sind. So umfaßt die französische Friedenspräsenzstärke 15 655 Mann Verwaltungstruppen. Jedenfalls kann, wie die „Freisinnige Zeitung" treffend sagt, aus der Höhe der französischen Friedenspräsenzstärke nicht der mindeste Grund hergeleitet werden zu irgend einer Erhöhung der deutschen Friedenspräsenzstärke. —

Das preußische Abgeordnetenhaus ist gegenwärtig mit dem Etat der Eisenbahnverwaltung beschäftigt. In der heutigen Sitzung wurde leicht über die Lage der unteren Beamten (siehe unseren zweiten Leitartikel) hinweggegangen. Bei den „Kosten der Züge" erinnerte der freisinnige Abgeordnete Brömel an das neugegründete Kohlensyndikat, und wünscht, daß die Eisenbahnverwaltung demselben gegenüber eben solche Stellung nehme, wie die Marineverwaltung gethan. Der Abg. Graf Kanitz schien seine früheren Angriffe gegen die Kohlenringe zu bereuen und trat den Ausführungen Brömel's entgegen. Und hiermit beruhigte sich das hohe Haus. —

Krieg im Frieden. Der Bericht über die letzte Menschenjagd — nicht in den Urwäldern von Afrika, sondern in den Straßen der Weltstadt Berlin —, wird von der „Kreuz-Zeitung" wie folgt eingeleitet: „Wiederum hat ein Militärposten auf eine Zivilperson scharf schießen müssen". Müssen! Müssen! Ein Mensch, der des Namens würdig ist, muß nicht müssen, hat der Philosoph gesagt. Und auf einen Mitmenschen schießen müssen! Was hat eine Kultur, die dieses „müssen" bedingt, vor der Kultur der Kannibalen voraus? —

Bürgerliche Steuermoral. Bei der letzten Einkommensteuer-Debatte im Abgeordnetenhause hat bekanntlich der Nationalliberale Dr. Friedberg für das schüchterne, deklarationsunlustige Kapital eine Lanze gebrochen. Der Finanzminister Miquel wies in seiner Erwiderung darauf hin, daß unter dem alten Gesetz anderthalb Milliarden Einkommen sich der Besteuerung entzogen haben, und er zeigte, daß auch jetzt, trotz der Deklarationspflicht die sittenstrengen Großbürger zu trügen und lügen wissen. Es erhellt daraus, daß die Annahme, jede neue Deklaration werde bei scharfer Kontrolle höhere Beträge ermitteln und zur Steuer heranziehen, richtig war. Auf die „ethische Kultur" der Besitzenden schütten die von Miquel mit einem gewissen Behagen erzählten Einzelfälle ein helles Licht, und der Aerger der Friedberg und seiner Auftraggeber ist verursacht durch die dem steuerpflichtigen Geldsack zugewendete peinlichere Sorgfalt der Steuerbeamten, die alles Lob verdient. Schamlos ist das indianische Wuthgeheul der Reichen im Parlament und außerhalb desselben. Ein Klempnermeister deklarirte „nach bestem Wissen und Gewissen" 5100 M. Einkommen. Als die Kommission diese Angabe beanstandete, stellte sich heraus, daß der wackere Meister 26 500 M. Einkommen hatte. Ein Ingenieur gab 48 310 M. an, man entdeckte aber bei ihm 388 900 M. Einkommen. Ein Lieferant wollte 169 000 M. Einkommen haben und gab, als sein Sozius gegen seine Steuer reklamirte, selbst ein solches von 258 460 M. an, wobei er auch noch nicht allzu ängstlich gerechnet haben dürfte. Ein Bankier mit 500 000 M. Einkommen schätzte seine Wohnung auf 24 800 M., bequemte sich aber hinterher zu einer Schätzung auf 44 200 M. Eine gewisse Klasse biederer Steuerzahler, welche der Minister leider nicht näher bezeichnete, suchte sich, wie ein Mann, die schlechtesten Jahre der jüngsten Vergangenheit aus und berechnete danach ihren Durchschnitt. In Berlin sind 30 pCt. aller Einschätzungen beanstandet worden, und da die Einschätzungskommission so glücklich war, bei drei Vierteln das Richtige geahnt zu haben, so wird sie sich wohl die Lehre daraus nehmen, daß sie noch viel mehr beanstanden muß. Der Minister ließ ihr ja schon einen deutlichen Wink zukommen, der auch anderswo nicht unbeachtet bleiben dürfte. Nach seiner Ansicht zielen die Gegner der Deklaration darauf ab, durch Beschwerden und durch Lärm in der Presse die Beamten einzuschüchtern, daß sie die alte laxe Praxis wieder walten lassen. Der Minister muß es also als seine Aufgabe betrachten, die Beamten zu möglichst strammer Kontrolle zu ermuntern. Freilich meinte er auch, die Zensiten schätzten sich meist nicht aus bösem Willen (!!) falsch ein, und wollte ihnen sogar glauben, daß sie den Kommissionen dankbar seien, wenn diese mit ihnen die Einschätzung gründlich durchgingen. Nach den Beispielen, die er anführte, wird man, wie die „Kölnische Volks-Zeitung" bemerkt, nur in die Heiterkeit einstimmen können, mit der das skeptische Haus diese Bemerkung aufnahm. So bemogelt die Bourgeoisie den Staat an allen Ecken und Enden. Ach! und wie tief ist ihr Schmerz über die „Unsittlichkeit" der „niederen Stände"! —

Der Fusangel klagt bitterlich über die Erklärung der Zentrumsfraktion und — hält allem Anscheine nach an seiner Kandidatur fest. Um das weiland Reichensperger'sche Mandat streiten sich nun drei ultramontane Bewerber, der offizielle Kandidat Rentmeister a. D. Böse, ein Freiherr von Fürstenberg-Hendringen, und der Fusangel, dem der Baare'sche Bruderschmatz noch auf den Lippen brennt. In Bayern steht das Zentrum nur mit Einer Rebellengruppe im Streit, den Siglianern, in Westfalen spaltet sich die Partei aber in drei feindliche Fähnlein. Armer „fester Thurm"! —

Agrarier und Heimstätten. Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Berlin, Hotel Bristol, den 24. 2. 93.

Geehrte Redaktion! In bezug auf Ihren gestrigen Leitartikel: „Praktisches Agrarierthum" ersuche ich Sie um Aufnahme nachstehender Zeilen. Sie schreiben: „Das Heimstättengesetz, das von den Nationalliberalen angeregt worden ist, paßte den Agrariern längst nicht in den Kram." Thatsächlich ist das Gesetz nicht von den Nationalliberalen, sondern von mir angeregt und ich freue mich, daß sich unter Angehörigen fast aller Parteien außerordentlich viele Stimmen zu gunsten desselben erhoben haben, wie auch die Forderung eines Heimstättengesetzes in das Programm der konservativen Partei vom 8. Dezember 1892 und des „Bundes der Landwirthe" aufgenommen ist. Hochachtungsvoll von Riepenhausen-Crangen."

Herr von Riepenhausen-Crangen soll, da er ja nebenbei zugiebt, daß auch die Nationalliberalen „zu gunsten der Heimstätten sich erhoben haben", unseretwegen das ausschließliche Recht auf die „Anregung" haben, das er sich mit agrarischer Bescheidenheit ausbittet. Nun wissen wir doch genau, wer der Konfusionarius war, der die schon viel früher von Rudolf Meyer u. a. gegebenen Hinweise auf die amerikanische homestead so gründlich mißverstand und aus der amerikanischen Bestimmung, die dem Landwirth lediglich eine kleine unpfändbare Summe zum nothwendigsten Lebensunterhalt garantirt, das plumpe deutsche Heimstättenprojekt mit unverpfändbarem Besitz machte. Wir sind auch neugierig, wie der „Bund der Landwirthe" und die konservative Partei diesen „Programmpunkt" verwirklichen würden — er wird wohl beschriebenes Papier bleiben; und der deutsche Landwirthschaftsrath war eigentlich sehr ehrlich, als er den Hokuspokus von sich wies. —

Der Februar, der allgemeine Faschingsmonat, ist auch der Ulk-Monat der Junker. Sie haben in Berlin getagt als Bund der Landwirthe, Bund der Bauern, als Wirthschafts- und Steuerreformer, als Bimetallisten-Verein. Und als würdigen Schluß fügten die „Edelsten und Besten" ihrem munteren Beginnen die Generalversammlung der Deutschen Adelsgenossenschaft hinzu. Protestantische und katholische Brotvertheurer waren am 25. Februar zu Berlin im großen Saale der Kriegsakademie einträchtiglich zusammen. Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf hielt eine grausamlich schöne Rede, worin es u. a. hieß, „die unheimlich sich erhebende Hydra, die im Stillen wachsende Sozialdemokratie, passe schon nicht mehr in den Rahmen des Deutschen Reiches hinein". Daß doch diese böse Sozialdemokratie sogar auf das aristokratische Fest der Schnapsbrenner einen Schatten wirft! Der ultramontane Häuptling von Schorlemer-Alst sagte den das Volk auspowernden, durch Zölle und Liebesgabe, durch Druck der Landarbeiter und Jobberei sich bereichernden Krautjunkern; „Das ist aber gewiß, wir können und dürfen eines nicht mitmachen, was unsere Zeit beherrscht — das ist die Genußsucht, die Sucht, immer reicher zu werden, mit einem Worte, der Tanz um das goldene Kalb. Das ist uns äußerlich und auch innerlich verboten. Wir werden gerade jetzt unsere Ehre und unseren Stolz darin suchen müssen, daß wir einfach, ich möchte sagen, lieber in relativer Armuth leben." Wie „einfach", wir möchten sagen, „in relativer Armuth" lebten die nothleidenden Landwirthe bei Dressel und Uhl, im Hotel Bristol und im Hotel Monopol; wie müssen sie sich die paar Groschen für Sekt und Rennplatz, für Ballet und „kleine Mädchen" am Munde — ihrer ausgeplünderten Kulis, der ihnen steuerpflichtigen großen Masse abdarben! —

Auf dem Bauerntag, den der edle Herr v. Borgstede aus Berlin neulich in Groß-Wechsungen bei Nordhausen abhielt, bestand der effektvolle Schluß der Verhandlungen in einer großartigen Prügelei, worüber wahrscheinlich noch das Amtsgericht seine Meinung äußern wird. Nach dem Bericht der deutschfreisinnigen „Nordhäuser Zeitung" netzte „das Blut, welches die Herren für ihre Herzensmeinungen reichlich fließen ließen, thatsächlich das Straßenpflaster und mußte am anderen Morgen von Thüren und Wänden abgewaschen werden". Es ging darauf der „Nordhäuser Zeitung" eine Berichtigung zu, in welcher gesagt war, daß die Rauferei zwar stattgefunden und daß es auch Wunden, „Schürfungen", wie der Herr Berichtiger sagt, gesetzt habe, daß aber das Blut **nur an die Thüren gespritzt** sei und nicht, wie im Bericht stand, auch das Straßenpflaster genetzt habe. Die Junkerzucht ist von wunderbarer erzieherischer Wirkung auf die „antikollektivistischen Bauernschädel". —

Schmutzkonkurrenz. Die Landräthe der Provinzen Ost- und Westpreußen sind, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meldet, ermächtigt worden, „behufs Abstellung des Arbeitermangels auch im laufenden Jahre die Annahme russischer Arbeiter zur Beschäftigung in der Landwirthschaft und in den mit derselben verbundenen Nebengewerben während der Sommermonate zu gestatten". Würden die ost- und westpreußischen Großgrundbesitzer den heimischen Arbeitern menschenwürdige Zustände verbürgen, ihnen höhere Löhne zahlen, sie nicht wie Hörige drücken und drangsaliren, dann bestünde kein Arbeitermangel. So aber blüht die Sachsengängerei, und die Regierung fördert den Wettbewerb der wohlfeileren ausländischen Arbeitskräfte, die fügsamer und biegsamer sind wie die eingeborenen Landarbeiter. Sind diese Russen doch, abgesehen schon von ihrem tieferen Lebensmaßstabe, der Willkür viel mehr preisgegeben, als die deutschen Proletarier, da diese wenigstens nicht als „lästig gefallen" auf den Schub und über die Grenze gebracht werden können, wenn es gerade — so paßt. —

Zur Liegnitzer Stichwahl. Daß wir den sozialdemokratischen Wählern nicht den Rath ertheilt haben, in der Stichwahl für den antisemitischen Kandidaten zu stimmen, bereitet der „Kreuz-Zeitung" bitteren Schmerz, obgleich ihre eigenen Parteigenossen doch genau den nämlichen Rath ertheilt haben. Die „Kreuz-Zeitung" hat offenbar ihr Herz noch nicht entdeckt. Und da sie so wenig klar ist über sich selbst, können wir von ihr auch nicht erwarten, daß sie über uns klar sei. Sie hat offenbar keine Ahnung davon, was Sozialismus und was Sozialdemokratie ist. Sonst würde sie nicht folgenden Satz verüben können:

„Diese Haltung (des „Vorwärts" in Sachen der Liegnitzer Stichwahl) entspricht nur der bisher stets von den Sozialdemokraten befolgten Praxis. Sie ist auch für eine Partei, der die politisch-demokratische Sache weit höher steht als alle wirklich sozialen Gesichtspunkte, durchaus folgerecht."

Aus diesem Satz — die zwei gesperrten Wörter sind auch im Original gesperrt — erhellt, daß die „Kreuz-Zeitung" von den „wirklich sozialen Gesichtspunkten" ebensowenig einen Begriff hat, wie von der „politisch-demokratischen Sache". Herr von Hammerstein möge die Debatten unseres letzten Kongresses über Staatssozialismus einmal durchlesen. Dann wird er vielleicht lernen, daß die Sozialdemokratie einen Gegensatz von „demokratisch" und „sozial" nicht kennt, und daß der auf Staatssozialismus hinauslaufende „Sozialismus" der Reaktionäre nichts anderes ist als Wortfalschmünzerei, und mit dem echten, von der Sozialdemokratie erstrebten Sozialismus gar nichts gemein hat. Da wir den Reaktionären der „Kreuz-Zeitung" — Konservativen, Antisemiten, Agrariern — auf politischem wie auf sozialem Gebiet scharf feindlich gegenüberstehen und keine Berührungspunkte mit ihnen haben, so ist es einfach undenkbar, daß ein sozialdemokratischer Wähler jemals einem konservativen, antisemitischen oder agrarischen Kandidaten die Stimme geben kann, während dies gegenüber Kandidaten solcher Parteien, mit denen wir, wenigstens vorübergehend,

---

jungen Manne gleich Andrej, dem seine Erfahrungen im Bergsteigen hier sehr zu statten kamen, war ein sehr ungleicher. Als er unter dem Gasbrenner, der im Bereiche seiner Hand lag, dahin eilte, erleuchtete ihn ein plötzlicher Gedanke. Er löschte das Gas aus. Beim nächsten Treppenabsatz that er desgleichen, und warf durch eine schnelle Bewegung die lange Holzbank, welche an der Wand stand, quer in den Gang. Es war jetzt fast ganz dunkel auf der Treppe. Seine Verfolger ließen, wie Andrej an der Verminderung des Geräusches schloß, in der Eile nach. Dann hatte er das Vergnügen, jemand über die improvisirte Barrikade straucheln und mit einem Fluche schwerfällig hinfallen zu hören. Das Geräusch hörte fast ganz auf; die Gendarmen mußten, da sie mehr Unheil befürchteten, sorgfältig tastend ihren Weg suchen. Andrej löschte auch das Gas im Flur aus und schloß, auf die Straße tretend, die Thür hinter sich, so daß die Finsterniß noch dichter wurde.

Sina, welche hundert Schritt von dem Hause entfernt stand, hatte nichts von dem Geräusch auf der Treppe vernommen. Andrej kehrte, schien es ihr, fast zu schnell zurück. Da er sich ihr indeß ruhigen, obgleich beschleunigten Schrittes näherte, mit blitzenden Augen, aber ohne ein äußeres Zeichen der Erregung im Gesichte, trat sie ihm entgegen. Andrej veranlaßte sie durch eine Handbewegung stehen zu bleiben. „Die Gendarmen!" flüsterte er, als er ihr nahe war.

Dann bot er ihr in der galantesten Weise den Arm und führte sie dem Eingange von Rochalskij's Hause zu. Da die Gendarmen im Moment aus demselben herausstürzen mußten, war es besser, sie sahen ihr Gesicht und nicht ihren Rücken.

Sina erhob keinen Einwand. Sie war in dergleichen Dingen genügend erfahren, um Andrej's Kriegslist sofort zu verstehen und hielt sie für vernünftig.

(Fortsetzung folgt.)

politische Berührungspunkte haben, mitunter im Interesse der Partei liegen mag. —

Wieder einmal Dynamit-Spitzelarbeit. Da die italienische Bourgeoisie und ihr Zuhälter, das Ministerium, in heftigem Gedränge sind, da die von den Herrschenden gewerbsmäßig betriebene Bank-Räuberei, der Panamino (kleine Panama) Italiens, zum Himmel stinkt, da ferner der furchtbare Nothstand der Massen die Gährung auch in die bisher politisch theilnahmslosen Volksschichten trägt, so muß die Lockspitzelei den weißen Schrecken als Sicherheitsventil in Aktion setzen. Aus Rom wird der „Frankfurter Zeitung" geschrieben: „Nach den häufigen Bombenexplosionen des letzten Monats ist die Polizei zu umfassenden Verhaftungen geschritten und hat bereits sechsundzwanzig Personen in „Sicherheit" gebracht. Es scheint aber, daß sie die Meisten von diesen, wenn nicht gar Alle, auf gut Glück in Untersuchung gezogen hat. Anscheinend hat sie ohne Wahl die Hände nach Denen ausgestreckt, welche in den berüchtigten Anarchistenprozeß von 1891 verwickelt waren. Es bleibt jetzt nur abzuwarten, ob die Tribunale der Polizei den Gefallen thun werden, die Verhafteten ohne einen Anhaltspunkt für deren Theilnahme an den Attentaten im Gefängniß zu behalten und auf sehr vage Kombinationen der Polizei ein Verfahren gegen sie einzuleiten. **Nur ein Einziger** ist in flagranti ergriffen worden; es ist ein gewisser Santangeli, der von den Agenten verhaftet wurde, als er die Via Cavour mit einer in einer Kiste verwahrten Bombe passirte. Zwischen diesem Menschen und den übrigen Verhafteten besteht aber nachweislich keine Beziehung. Dagegen ist es nicht ohne Interesse, daß dieser Santangeli zur Zeit der Maifeier des Jahres 1891 der **Famulus und Agent des Polizeidelegaten Santoro** war, der damals als Vertrauensmann des Quästors galt, dann aber gegen diesen im Prozeß aussagte und deshalb seine Stelle verlor. Bei diesem ehemaligen Polizeidelegaten wohnte Santangeli und mit dessen Mantel war er bekleidet, als ihn die Agenten verhafteten." So nimmt die Polizei das Lumpenthum unter den schützenden Mantel ihrer christlichen Liebe und stiftet Attentätchen und Explosiönchen an, um die Aufmerksamkeit von den Schändlichkeiten der Regierenden abzulenken, den Spießbürger zu schrecken und ihre Unentbehrlichkeit zu erweisen. Man sieht, die Santangeli — auf deutsch heißt dies, was unsere Hamburger Freunde vielleicht interessirt, etwa **heiliger Engel** —, die Santoro, die Schröder, Haupt, Ihring-Mahlow und Genossen sind internationale Gestalten der internationalen Polizeiwirthschaft. —

Andrieux hat wieder einige Panama-Enthüllungen gemacht, deren Spitze sich gegen Clemenceau, Floquet und Freycinet richten. Zum Theil sind's aber Selbstschüsse, und der Jäger dürfte wohl bald gejagtes Wild sein. —

Belgien. Das Referendum des vorigen Sonntag ist auch außerhalb Brüssels, überall da wo es vorgenommen wurde, zu einer großartigen Kundgebung für das allgemeine Wahlrecht geworden. Gestimmt haben — in den Orten, wo abgestimmt ward — nahezu 60 Prozent der gesammten männlichen Bevölkerung über 21 Jahre, und von diesen hat die ungeheuere Mehrheit — über 80 Prozent — für das allgemeine Wahlrecht vom 21. Jahr an gestimmt; und von den übrigen 20 Prozent eine Dreiviertelsmajorität für das allgemeine Wahlrecht vom 25. Jahr, wie es in Deutschland besteht. Für die Regierungsvorschläge stimmten in Brüssel von 60 279 Abstimmenden blos 3935 — und ungefähr dasselbe Zahlenverhältniß haben wir überall.

Natürlich hält das Ministerium an seinen reaktionären Vorschlägen fest. Es giebt vernagelte Menschen, die der Logik der Vernunft unzugänglich sind, und blos der Logik der Thatsachen sich fügen. — Die Armee, auf welche die Regierung ihre letzte Hoffnung setzt, ist durchaus nicht verläßlich, wie wir schon wiederholt andeuteten. Nach den Mittheilungen belgischer Blätter wird den „Münchener Neuesten Nachrichten" aus Brüssel geschrieben:

„In Tournay wurde ein von zwei Korporälen des dortigen Chasseur-Regiments gegründeter sozialistischer Klub entdeckt, welchem etwa 60 Soldaten des nämlichen Regiments als Mitglieder angehörten. In regelmäßigen, geheimen Versammlungen hielten die beiden Korporäle, ehemalige Schullehrer, ihren Untergebenen sozialistische Vorträge und prägten denselben insbesondere ein, daß sie niemals und unter keinen Umständen, wenn sie zur Unterdrückung eines Aufstandes kommandirt würden, auf das Volk schießen dürften. Die vor das Militärgericht gestellten Soldaten erklärten denn auch während der Verhandlungen ganz unverhohlen, daß sie einem derartigen Befehle keine Folge leisten würden. Die beiden Korporäle wurden zur Degradation und sämmtliche Klubmitglieder zu mehrmonatlichen Gefängnißstrafen verurtheilt. Aehnliche sozialistische Vereine wie der in Tournay aufgehobene bestehen zu Dutzenden in der Armee, aber nur in seltenen Fällen nimmt man sich die Mühe, dagegen einzuschreiten. Noch einige Jahre, und die Armee wird dermaßen vom Sozialismus durchtränkt sein, daß sie keinen Schutz, sondern eine Gefahr für das Land bildet."

Eine „Gefahr" nicht für das Land, wohl aber für das ruchlose System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. —

England. Die Bergarbeiter von Lancashire haben den übrigen Bergarbeiter-Genossenschaften von England, Schottland und Wales den Vorschlag gemacht, in allen Gruben des Landes auf acht Tage die Kohlenförderung einzustellen zum Zweck einer Erhöhung der Kohlenpreise und infolge dessen der Löhne. Der Vorschlag ist charakteristisch für das kapitalistische System und die planlose anarchische Produktion von heute. Ob der Vorschlag angenommen wird, können wir nicht wissen; jedenfalls würde für die Arbeiter ebensowenig erreicht werden, wie durch die ähnlichen Versuche im vorigen Jahre, wo nur die Grubenbesitzer den Vortheil hatten.

Einige verschämte Bimetallisten bestiegen gestern im englischen Unterhaus ihr Steckenpferd, wurden jedoch sofort hinuntergeworfen. In England ist man über derartige Kardinalfragen zu aufgeklärt, als daß solche Narretheien in erster Gesellschaft noch Zuhörer finden könnten. Herr Kardorff gehe ja nicht nach England! —

Die Regierung der Vereinigten Staaten verzichtet vorläufig auf die Annexion von Hawaii. Cleveland soll die Sache regeln. Er wird sich nicht beeilen. Hawaii läuft ja nicht fort. —

Parlamentarisches.

In der heutigen Sitzung der Militärkommission stellte der Abg. Bebel den Antrag, statt, wie beschlossen, jetzt in die Berathung des § 2 der Vorlage, durch welches die Formationen festgestellt werden, einzutreten, zuerst die Berathung des § 1, Absatz 1 vorzunehmen, durch welchen die Höhe der Friedenspräsenz festgesetzt wird. Werde, wie vorauszusehen, dieser abgelehnt, so fallen die weiteren Paragraphen von selbst; man erspare also eine Menge Arbeit und komme endlich zu einem Resultat. Dr. Lieber (Z.), der nebenbei erklärt, daß es ihm nicht einfalle, die geforderte Präsenzziffer zu bewilligen, ist gegen diese Art der Behandlung, ebenso Abg. Richter. Frhr. von Hammerstein findet den Vorschlag Bebel's richtig, ist aber der Meinung, daß es ganz gleich sei, „auf welche Weise die Kommission die Zeit todtschlage". Der Antrag Bebel wird mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und dann in die Fortsetzung der „Besprechung" der vom Abg. v. Bennigsen gestellten und von der Militärverwaltung beantworteten Fragen eingetreten. Um ¾1 Uhr hat die Kommission diese des öffentlichen Interesses enthehrende Unterhaltung beendet und vertagt sich auf Freitag, Vormittags ½11 Uhr. In der Freitagssitzung beginnt dann die Berathung über § 2.

Berichtigung. Der auch in den „Vorwärts" (Nr. 50) übergegangene Oldenburgsche Parlamentsbericht über die Sitzung vom 27. Februar enthält einen sinnentstellenden Fehler, auf den wir aufmerksam gemacht sind. Er läßt nämlich den Genossen Stadthagen ausführen: „Die Ausweisung der Russen ist ja gesetzlich und ich habe nichts dagegen." Stadthagen hat das Gegentheil inhaltlich des stenographischen Berichtes ausgeführt. Er legte dar, daß nur in dem Fall des § 362, Absatz 3 (Straf-Gesetzbuch) ein Ausländer ausgewiesen werden dürfe, d. h. dann, wenn ein Ausländer wegen einer strafbaren Handlung durch das ordentliche Gericht statt zu Arbeitshausstrafe verurtheilt, ausgewiesen werde. Daraus folge, daß ein Ausländer sonst nicht ausgewiesen würde. Sodann führte Stadthagen eine Anzahl Fälle vor, in denen trotzdem Verwaltungsbehörden nicht bestrafte Ausländer eingesperrt oder aus Einzelstaaten ausgewiesen hätten.

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage wurden weiter abgehalten in Sossenheim (Wahlkreis Höchst-Usingen) und Homburg (Ref. Brühne-Frankfurt), Kirchheimbolanden und Schifferstadt in Baden (Ref. Bueb-Mülhausen), Urbach und Schorndorf (Ref. Hildenbrand-Stuttgart.

* * *

Der Sieg, den die Sozialdemokratie **Frankfurts a. M.** bei den Gewerbegerichts-Wahlen errang, ist ein wahrhaft glänzender. In der Klasse der Unternehmer erhielt unsere Liste 314 Stimmen, während auf die sogenannte „unparteiische" Liste nur 136 Stimmen entfielen. Demnach wurden unsere Kandidaten mit 178 Stimmen Mehrheit gewählt. In der Klasse der Arbeiter, wo eine Gegenliste nicht aufgestellt war, wurden unsere Kandidaten mit 1776 Stimmen gewählt. Bei den Wahlen im vorigen Jahre erhielt die sozialdemokratische Liste nur 280 Stimmen, während die „unparteiische" 291 und die Liste der Innungen ca. 302 bekam. Das Frankfurter Gewerbegericht besteht nun vom 1. April ab durchweg aus Sozialdemokraten und zwar aus 66. Die Innungen haben sich diesmal gar nicht an der Wahl betheiligt, da sie wußten, daß an einen Sieg für sie nicht mehr zu denken war. Sie sollen nun, wie es heißt, willens sein, ein eigenes Schiedsgericht zu errichten, da sie aber die gesammten Kosten selbst zu tragen hätten, so werden sich die Herren Innungsmeister wohl noch eines Besseren besinnen.

* * *

Aus Lüdenscheid i. W. wird uns geschrieben: Hier fand am 16. Februar eine vom Freisinnigen Wahlverein einberufene öffentliche Wähler-Versammlung statt, die einen Protest gegen die Militärvorlage beschließen sollte. Dr. Fränkel aus Weimar war als Referent angekündigt, blieb aber aus. Die Versammlung war zahlreich besucht und ging mit einem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ruhig auseinander, nachdem sie durch einen Kommis Kenntniß vom Ausbleiben des Referenten und die Mittheilung erhalten hatte, daß die Versammlung auf Eugen Richter's Veranlassung einberufen sei. Der Irrthum sei vorgekommen, weil man sich im Datum geirrt habe. Eine Woche später, am 23. Februar, fand dann die neue Versammlung statt. Sie war von 600 Personen besucht. Einberufer war der Musterdemokrat Rechtsanwalt Lenzmann, der sich nach der Eröffnung selbst zum Vorsitzenden ernannte. (Echt demokratische Handlungsweise!) Es wurde um das Wort zur Geschäftsordnung ersucht. Lenzmann kehrte sich jedoch nicht daran, sondern ertheilte Dr. Fränkel das Wort, der nun eine Rede redete, die durch Quantität ersetzte, was ihr an Qualität fehlte. Als er gesprochen hatte, lagen mehrere Zuhörer in Morpheus Armen. Genosse Lehmann-Dortmund entgegnete dem Herrn Fränkel in dreiviertelstündigen Ausführungen, wofür er rauschenden Beifall erntete. Dies veranlaßte Fränkel abermals, die Kleinigkeit von 1 Stunde 40 Minuten zu sprechen und die tausend Mal getödteten Sozialdemokraten zu Brei zu reden. Eine volle Stunde mühte sich der Herr ab, den steigenden Wohlstand der Arbeiterklasse zu beweisen und führte dabei soviel Zahlen ins Feld, daß einem vor den Reichthümern der Arbeiter schwindelte. Nachdem Herr Fränkel das Vernichtungswerk vollendet und von seiner Handvoll Freunde die vielsagenden Blicke tiefgerührter und tiefempfundener Dankbarkeit entgegengenommen hatte, erhielt fünf Minuten vor 1 Uhr Nachts Genosse Iserloh das Wort. Dieser meinte, Herr Fränkel und der Freisinn brauchten sich durchaus nicht aufs hohe Pferd setzen, um, nachdem der Freisinn hier am Orte drei volle Jahre geschlafen hätte, auf Veranlassung Eugen Richter's zu einem Protest zu erwachen, der sich doch nur als Schlappheit gegen den vor Wochen schon von uns in demselben Saale erhobenen Protest erweise. Als Iserloh darauf an den Handlungen des Vorsitzenden Lenzmann Kritik übte und dieser merkte, welcher Spiegel ihm vorgehalten werden würde, vergaß Lenzmann allen Anstand, sprang auf Iserloh zu und brüllte fortwährend: „Das ist eine Lüge, das ist gelogen." Weiter nannte er Iserloh einen Lumpen und schrie ihm ins Gesicht: „Arbeiten Sie doch lieber". (I. ist durch sein öffentliches Auftreten gemaßregelt und hat mit Hilfe der thätigen Parteigenossen ein kleines Geschäft errichtet.) Ferner: „Kommen Sie und Ihr Gelichter noch einmal, daß ich Sie vertheidigen soll." — Der überwachende Polizei-Kommissar hatte inzwischen infolge des Lenzmann'schen Skandals die Versammlung aufgelöst und stellte sich dann zwischen die Streitenden, unsern Genossen bittend, daß doch wenigstens er gehen möge. Das Benehmen des gebildeten Herrn Rechtsanwalts hatte tiefe Erbitterung hervorgerufen, aber die ungebildeten Arbeiter bezwangen sich, in der Hoffnung, bei der nächsten Wahl Genugthuung bekommen zu können. Die Angeklagten aus dem Elber-elder Prozeß werden gewiß merkwürdig berührt werden, wenn sie sich vergegenwärtigen, welche enorme Summe sich der Lüdenscheider Volksmann und Rechtsanwalt Lenzmann auszahlen ließ, bevor er seine Thätigkeit als Vertheidiger begann. Erst läßt sich dieser Mann von uns fürstlich bezahlen, nun, da er das Geld im Sack hat und es jemand wagt, an seiner Unfehlbarkeit zu zweifeln, ruft er aus: „Kommen Sie und Ihr Gelichter noch einmal, daß ich Sie vertheidigen soll!" Daß die Bemerkung unseres Genossen, auf welche Lenzmann „das ist gelogen!" rief, auf Wahrheit beruhte, wurde drei Minuten später vor 2 Zeugen von einem Freisinnigen zugegeben, freilich mit der in demselben Augenblick geäußerten Bitte, keinen Gebrauch davon zu machen. Item: Die einstige freisinnige Hochburg Lüdenscheid ist, vom Zahne der Zeit zerfressen, zusammengestürzt — auf ihren Trümmern lauschen die Massen den Lehren der Sozialdemokratie. Eugen Richter gebührt durch seine Einwirkung die Ehre, das Leichenbegängniß so plötzlich herbeigeführt zu haben.

* * *

Erster westpreußischer Parteitag. Elbing. Zweite Sitzung, Nachmittags 3 Uhr. Der Vorsitzende Herrmann giebt bekannt, daß Begrüßungsschreiben eingelaufen sind aus Wensowken, Königsberg, Hamburg, Berlin und Kalwe (Altmark). Es wird in den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Partei-Organisation und Taktik", eingetreten. Genosse Jochem als Referent führt aus, daß die Taktik der Gesammtpartei endgiltig bestimmt sei und daß es nur Aufgabe des Parteitags wäre, festzustellen, in welcher Weise die Agitation in der Provinz am geeignetsten betrieben werden könne. Es gelte zwei Aufgaben zu vollführen, nämlich eine politische und eine gewerkschaftliche Organisation zu schaffen und von diesen Stützpunkten aus die Organisation zu betreiben. Nachdem der Redner einen längeren geschichtlichen Rückblick auf die Entwickelung der Arbeiterbewegung gegeben hatte, kam er auf die Form der Gewerkschaftsorganisation zu sprechen und legte dar, daß die Einwendungen gegen die Zentralorganisationen nicht als stichhaltig bezeichnet werden könnten. Mitte der siebziger Jahre habe in Ost- und Westpreußen die Agitation für die Gewerkvereine begonnen, und durch diese Agitation seien die Leute dahin gebracht worden, daß sie den unbewußten Sozialismus, der in ihnen steckte, verstehen lernten. Auf diesem Gebiete ist weiter zu arbeiten. Die weitere Taktik ist so einzurichten, daß in erster Linie durch gewerkschaftliche Flugblätter und Broschüren die Arbeiter angeregt und aufgeklärt werden. Ferner muß in den verschiedenen Orten mit einzelnen Personen Fühlung gesucht werden. Nach wie vor muß dann die Wahlzeit für die Agitation ausgenutzt werden. Nach dieser Richtung hin ist selbstverständlich dafür Sorge zu tragen, daß nicht Leute als Agitatoren hinausgesandt werden, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind. Ein nicht genügend geschulter Agitator kann mehr schaden als nützen. Es wird nothwendig sein, hier die größte Vorsicht zu üben. Geschieht dieses, dann werden wir zum Ziele gelangen, trotz all der unehrlichen Mittel, welche unsere Gegner anwenden. Guri-Danzig führt aus, wie sich die wirthschaftlichen Verhältnisse entwickelt haben, und schilderte seine Erlebnisse bei der Agitation zur Wahlzeit. Bogs-Bromberg wendete sich gegen die „Unabhängigen" und erklärte, daß diese kein festbestimmtes Programm und infolgedessen auch keinen bestimmten Weg für die Taktik haben. Die bisherige Taktik der Partei sei so erprobt, daß wir nur gut thun könnten, an ihr festzuhalten. Fichtemann-Elbing erklärt gegenüber den Ausführungen von Jochem, daß er der Meinung sei, die Bewegung des Ostens müßte aus den Bewohnern selbst hervorgethan. Er sei nicht gegen die Leistung von Mitteln zur Agitation aus der Parteikasse, nur wünsche er, daß auch die Parteigenossen an den größeren Orten selbst mehr in finanzieller Beziehung thun.

Legien-Hamburg weist in längeren Ausführungen nach, daß die Taktik der Unabhängigen eine falsche ist. Ebenso wie die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Produktionsweise nicht in wenigen Tagen entstanden ist und die Vorbedingungen für diese erst durch die Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse gegeben waren, ebenso erfordert auch der Sozialismus die wirthschaftlichen Vorbedingungen zu seiner Durchführung. Die Vorbedingung für den Sozialismus ist die Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft bis zur höchsten Stufe, die Vereinigung der Arbeitsmittel und des Grund und Bodens in wenigen Händen. Wir können diesen Entwickelungsgang durch die Gesetzgebung sowie durch die gewerkschaftlichen Kämpfe beschleunigen und dementsprechend muß auch die Taktik eingerichtet werden. Es wird nothwendig sein, ebenso an den Parlamentswahlen und an der Thätigkeit im Reichstage theilzunehmen, wie auf gewerkschaftlichem Gebiet für Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und dadurch für die Beschleunigung der Entwickelung zu sorgen. Für die größeren Orte der Ostprovinzen wird die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen zunächst das empfehlenswertheste sein. Auf dem Lande muß mit Flugblättern und Broschüren für die Aufklärung der Arbeiter gesorgt werden. Der Parteitag soll erklären, daß er an der bisher von der sozialdemokratischen Partei eingehaltenen Taktik politisch wie gewerkschaftlich festhält.

Jochem-Danzig verliest folgende Resolution:

„Von der Nothwendigkeit überzeugt, daß die sozialdemokratische Bewegung auf die kleinen Städte und aufs platte Land übertragen werden muß, richtet der Parteitag zu Elbing an den Parteivorstand das Gesuch, die genügenden Mittel für eine derartige Agitation zu bewilligen. Der Parteitag bemerkt zur Begründung dieses Gesuchs, daß die bisher zu diesem Zweck ausgeworfenen Mittel durchaus ungenügend gewesen sind."

Der Redner wünscht ferner, daß der Parteitag eine Erklärung darüber abgebe, ob die Genossen in Westpreußen allein vorgehen sollen, da die Städte Ostpreußens nicht durch Delegirte vertreten sind. Nach kurzer Debatte wird die Erledigung dieser Frage bis zum dritten Punkte der Tagesordnung verschoben und der Parteitag auf eine halbe Stunde vertagt.

* *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Am 24. d. M. sprach das Spandauer Schöffengericht die Genossen Hartmann und Plötz von der Anklage frei, verbotene Schriften gewerbsmäßig verbreitet zu haben. Der Amtsanwalt hatte für jeden 20 M. Strafe oder 4 Tage Haft beantragt.

— In Schmalkalden wurde Genosse Hugo vom Schöffengericht wegen Beamtenbeleidigung zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Der Parteigenosse Paul Brustewicz in Straßburg i. E. trat am 27. Februar die zweimonatliche Gefängnißstrafe an, die ihm das dortige Gericht wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zuerkannt hatte, was selbst den Staatsanwalt überraschte. Der Gerichtshof glaubte der Aussage eines einzigen Zeugen und lehnte es ab, der Aussage von etwa 20 anderen vereidigten Zeugen, die nichts von der Beleidigung gehört hatten, Vertrauen zu schenken. Die beantragte Wiederaufnahme des Verfahrens lehnte das Gericht ab.

Briefkasten der Redaktion.

O. K. 100. Welche Gründe kann eine Frau zur Begründung ihres Scheidungsbegehrs geltend machen? Folgende: 1. Ehebruch, 2. böswillige Verlassung, 3. Versagung der ehelichen Pflicht, wenn die Versagung „halsstarrig und fortdauernd" stattfindet, 4. Unvermögen zur Leistung der ehelichen Pflicht, 5. Raserei und Wahnsinn, 6. Nachstellung nach dem Leben, grobe Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, 7. Verurtheilung des anderen Ehegatten zu Zuchthausstrafe oder wissentlich falsche Anschuldigung wegen solches Verbrechens, 8. Trunkenheit, Verschwendung, unordentliche Wirthschaft, 9. Versagung des Unterhalts, wenn der Mann durch Verbrechen, Ausschweifungen oder unordentliche Wirthschaft sich selbst außer Stand gesetzt hat, seine Frau zu ernähren, 10. unüberwindliche Abneigung bei kinderlosen Ehen. Die nähere Darlegung übersteigt den Rahmen des Briefkastens.

A. Zut. Berufung ist zulässig, würde aber Erfolg kaum haben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 2. März.

Opernhaus. Die Rantzau.
Schauspielhaus. Vasantasena.
Lessing-Theater. Heimath.
Deutsches Theater. Zwei glückliche Tage.
Berliner Theater. Die Danischeffs.
Residenz-Theater. Familie Pont-Biquet. Vorher: Gläubiger.
Wallner-Theater. Der Fall Clémenceau.
Kroll's Theater. Der wilde Jäger.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Neues Theater. Toska.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Don Cäsar.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Eulenspiegel, oder: Schabernack über Schabernack.
National-Theater. König Ottokar's Glück und Ende.
Alexanderplatz-Theater. Komtesse Jule.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 68. Male:
Modernes Babylon.
Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görss. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm-Ede . . Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner. Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.

Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.

Letzte Woche!
Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili,
kleinst. lebend. Elefant d. Welt,
Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.
Grosses Konzert.
Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Große
Spezialitäten-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Tom. Belling, Original-August.
Truppe Hugoston, Akrobaten.
Kolling Müller, Wasserkünstler.
The Matinos, Exentrics.
Geschw. Taciaun, Duettistinnen.
Heinr. Bender, Humorist.
Martha Ventura, Kostümsoubretten, sowie sämmtl. engag. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Donnerstag, den 2. März 1893:
Abends 7¼ Uhr:
Gr. Sport-Vorstellung.
Ein Künstlerfest.
Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister **Siems.** Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz.** Neue Einlage mit überraschenden Licht- und Wassereffecten. Ballet v. 100 Damen. Grosser Blumen-Corso. Brillant-Feuerwerk.
Außerdem: Mr. James Fillis mit dem Schulpferde **Markir.** 6 Springpferde, vorgeführt v. Direktor Fr. Renz. — Die Reitkünstlerin Mlle. Wally. Die Equilibristen Marietta und Belloni ꝛc.
Morgen, Freitag, Abends 7¼ Uhr: Auf allgemeines Verlangen 6. Wiederholung der Gala-Festvorstellung vom 27. Januar. — Sonntag: 2 große Vorstellungen um 4 Uhr (1 Kind frei) und um 7½ Uhr.
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank", Markgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77—79.

Täglich:
Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen,
F. Sodtke.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz. Moritz-Platz.
Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
An **Sonn-** und **Festtagen** findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten ꝛc.

F. Pietsch, Tanz-Institut,

Dresdenerstraße 10.
Der letzte Lehrkursus in der Saison beginnt für Damen u. Herren Sonntag, 5. März, Nachm. 4 Uhr. Meld. Adalbertstraße 3 und bei Beg. des Unterrichts.

Todesanzeige.
Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere kleine **Elly** nach dreiwöchentlichem Krankenlager an Gehirnhaut-Entzündung im Alter von 2¾ Jahren in der Nacht zum 28. v. Mts., früh 4 Uhr, sanft entschlafen ist. 37592
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 2. März, Nachm. 3 Uhr, von unserer Wohnung aus statt.
Franz Haupt, Hutmacher, nebst Frau, O., Gr. Frankfurterstr. 145.

Allen denen, welche meinem Mann die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich besten Dank. 1600b
Frau **Engelmann** nebst Kindern.

Die am 31. Dezember d. J. vor Gericht in der Aufregung gegen Herrn Emil Theuring, Dienstmann, Mehnerstr. 4, ausgesprochene Beleidigung nehme ich zurück und erkläre hiermit, daß ich Herrn Theuring nicht habe beleidigen wollen. 48/3
Berlin, 1. März 1893.
Albrecht, Marienstr. 31.

Außerordentliche
Generalversammlung
für die Mitglieder der
Invalidenkasse der Gürtler
zu Berlin
am Montag, 6. März, Abends 7 Uhr, bei **Wolf & Krüger,** Skalitzerstr. 126, oberer Saal.
Tagesordnung: Bericht des Vorstandes über die in Aussicht genommene Aenderung im § 1 (vorletzter Absatz) des Statuts.
Berlin, den 1. März 1893.
1598b **Der Vorstand.**

Ein grosser Posten schadhafter
Steppdecken

mit kleinen Steppfehlern!
à 3, 4, 5 M. Werth das Doppelte! circa 1000 Stück schwere buntfarbige
Normal-Schlafdecken
mit kleinen Maschinenflecken, in reizenden Jacquard-Mustern, Grösse 150 × 200 cm.
per Stück **4,50 M.** sonstiger Preis 9 M.
Meine illustrirte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko. 3558L
Steppdecken-Fabrik **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstraße 158.

!!! Achtung !!!
Jeden Donnerstag Abend: Gemüthliches Beisammensein geborener Kalauer Annenstr. 12 bei H. Türk. 1595b

M. Krüger's

13015*
Speise-Leinöl ist das anerkannt Beste. Fabrik-Lager Skalitzerstr. 105.

Aktuelle Novität!
Veröffentlichung des
Literarischen Vermittlungs-Bureaus (Hamburg).
Das Volk
gegen den
Sozialismus.
Von **Dr. Ernst Müller.**
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
Verlag von F. Fontane & Co., Berlin W.

Musik-Instrumente.

Größtes Lager in **Zithern, Violinen, Guitarren,** allen **Blasinstrumenten,** sowie **Harmonikas** jeder Art. **Musikwerke** zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterliedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.
3687L* **Aug. Kessler,** 51. Lausitzerstr. 51.

Altenberg's chem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-Anstalt,

Neue Jakobstr. 9, Brunnenstr. 123, Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36, Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen, Gard., Möbelst. gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettdeck. gef. 1,25 Mk. p. Stück. Herren-Anzug gereinigt, gebügelt von **2,50 Mk.** an. Reparaturen billigst. Neu! Glanzentfernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 3761L*

Echter Langensalza'er Kautabak

31062
von Gebrüder Adler.
Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend.
Cigarren-Engroslager in den Preislagen von M. 25,— bis M. 100,—;
Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.

Verein Berliner Gastwirthsgehilfen.

Unser **Vereinsbureau** befindet sich vom 1. März ab statt Annenstraße 14 **Annenstr. 16, prt.** (Louisenstädt. Clubhaus).
(Telephon Amt IV 1116.)
368/8* **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 2. März 1893, Abends 8½ Uhr:
Versammlung
im Lokale des Herrn Philipp, Rosenthalerstraße 38.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Völkel.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**
NB. Bei der am Stiftungsfest stattgefundenen Verloosung ist noch ein Gewinn auf Nr. 212 abzuholen; auch ist beim Fest ein Tuch jedenfalls irrthümlich mitgenommen. Es wird gebeten, dasselbe bei **Rob. Drescher,** Linienstraße 50, abzugeben. 378/7

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr.
(I. Quartal 1893.)

Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8½ bis 10½ Uhr Abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr früh.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	**Südschule.** Hagelsbergerstr. 43.
Montag	—	Physiologie.
do.	*Deutsch (ob.).	—
Dienstag	Geschichte (neue).	Deutsch (mittl.).
do.	Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.	—
Mittwoch	Deutsch (unt.).	Geschichte (alte).
do.	*Mathematik und mathematische Geographie.	—
Donnerstag	Chemie.	Deutsch (ob.).
Freitag	Rechnen.	Buchführung (doppelte) und oberes Rechnen.
do.	*Physiologie.	—
Sonnabend	Buchführg. u. ob. Rechnen.	Nationalökonomie.

	Ostschule. Markusstr. 31.	**Südost-Schule.** Reichenbergerstr. 133.
Montag	Deutsch (ob.) Logik.	Buchführg. u. ob. Rechnen.
Dienstag	Deutsch (unt.).	Deutsch (mittl.).
Mittwoch	—	Deutsch (ob.) Logik.
do.	—	*Rechnen (unt.)
Donnerstag	Physiologie.	Geschichte (mittl.).
do.	—	Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.
Freitag	Geschichte (neue).	—
do.	—	*Mathematik und mathematische Geographie.
Sonnabend	Rechnen (unt.)	Physiologie.
Sonntag	Buchführg. u. ob. Rechnen.	—

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppel-Räume ertheilt.

Für alle vier Schulen: an jedem **Sonntag** Vormittags 10—12 Uhr:
National-Oekonomie in Schöning's Restaurant, Stallschreiberstraße 29.
Unterricht für Nachtarbeiter: Nachmittags von 2½ bis 4½ Uhr
Ostschule.
Markusstr. 31.
Sonntag . . . . . Buchführung und Rechnen.

Für sämmtliche Lehrfächer werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen.

Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden **Zahlstellen,** deren je eine auch **in jeder Schule** errichtet ist, erfolgen. Daselbst wollen auch die Theilnehmer und Theilnehmerinnen am Unterricht ihre **Schulkarten** einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich, Schulgeld monatlich 50 Pf. An den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur **Urania à 25 Pf.** (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Zahlstellen sind folgende:

S.
Südschule, Hagelsbergerstr. 43.
Börner, Ritterstr. 108.
Gründel, Dresdenerstr. 116.
Klein, Schönleinstr. 8.
Ehrenberg, Annenstr. 14.

SO.
Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
Kehr, Köpnickerstr. 126.
***Schulz,** Admiralstr. 40a.
Ulrich, Wrangelstr. 84.
Zubeil, Naunynstr. 86.
Schayer, Reichenbergerstr. 54.
Pafforke, Wrangelstr. 16.

SW.
Grube, Mariendorferstr. 10.
Windhorst, Junkerstr. 1.
Goepel, Katzbachstr. 1.
***Antrick,** Steinmetzstr. 60.

O.
Ostschule, Markusstr. 31.
A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8.

E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
Radke, Krautstr. 48.
Lock, Friedrichsbergerstr. 11.
Ungering, Breslauerstr. 27.

C.
Löwenberg, Alte Schönhauserstr. 18.
Wernau, Rosenstr. 30.

N.
Nordschule, Müllerstr. 179a.
***Gleinert,** Müllerstr. 174.
Gnadt, Swinemünderstr. 120.
Kleinau, Gartenstr. 171.
Lehmann, Brunnenstr. 88.
Schmidt, Treskowstr. 24.
Raabe, Ruppinerstr. 42.
Meinhart, Pappel-Allee 3/4.

NO.
***Gumpel,** Barnimstr. 42.
Drescher, Linienstr. 50.

NW.
Vogtherr, Stephanstr. 27a.
Voss, Lübeckerstr. 8.

402/5* **Der Vorstand.**

Kinderwagen, größtes Fabriklager, billigste Preise, auch Theilzahlung. Oranienstr. 3 im Korbgeschäft. 1599b*

Empfehle m. Werkzeuge für Töpfer, Maurer, Stuckateure, Former, Lederarbeiter und Buchbinder. Schleiferei für Messer und Scheeren. 1596b*
O. Raeder, Oranienstr. 87, zwischen Oranienplatz u. Adalbertstraße.

Neue Roßstr. 3. Zahnarzt **Cohn. Schmerzlos:** Zahnziehen von 1,— M. Füllen u. Zahnersatz. **Theilzahlung. Poliklinik.** 3653L*

***Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt, Linienstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Homöopathische Klinik, Brunnenstr. 40. Spr. 11—12, 4—5. Sonnt. 9—10.

1000 Regenmäntel

à 3,50 Mark, **500** Backfisch-Jaquets à 2,50 Mark im Damen-Mäntel-Lager **S. E. Leyser & Co.,** Leipzigerstr. 91, 1 Tr.

Weddingstraße 8

sind billige **Wohnungen** und ein **Laden** zu vermiethen. 36938*

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. Hof**

Bäckerei 1597b*
zu verkaufen oder zu vermiethen bei Frau Schlacht, Hochmeisterstr. 30, Hof part.

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Naunynstr. 38, a. d. Oranienplatz.

Strohhut-Näherin

nach auswärts gesucht. Perfekte, tüchtige Kraft für neue und alte Hüte, auch zum Filzhüte steppen, sofortiger Antritt, 18 Mark Wochenlohn mit freier Wohnung, event. ganzes Jahr Arbeit. Reise-Entschädigung. Gefl. Offerten unter **„J. M."** an die Expedition dieses Blattes. 3760B

Arbeiterin 1369B
für Kindergarderobebesatz. Lietzmannstr. 61 I.

Blousen-Arbeiterinnen **Gruner,** Barnimstr. 25. 1601b

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 52. Donnerstag, den 2. März 1893. 10. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung vom 1. März 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Caprivi, v. Marschall. Hollmann, Kayser.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung der Etatspositionen, welche die deutschen Schutzgebiete betreffen und die Berathung des besonderen Haushaltsetats für die Schutzgebiete Kamerun, Togo und das Südwestafrikanische Schutzgebiet für 1893/94. Die Budgetkommission beantragt die unveränderte Bewilligung.

Die Besoldungen der Beamten in den Schutzgebieten werden ohne Debatte bewilligt. Im Extraordinarium befinden sich Forderungen von 267 300 M. als Zuschuß zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben im Südwestafrikanischen Schutzgebiete und 2 500 000 M. für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika. Der Etat für das Schutzgebiet Kamerun ist auf 580 000, für Togo auf 143 000, für Südwestafrika auf 273 300 M. in Einnahmen und Ausgaben festgesetzt.

Zum Etat für Kamerun nimmt das Wort.

Abg. **Samhammer** (dfr.): Das Urtheil meiner deutschen Geschäftsfreunde in den afrikanischen Schutzgebieten über die Personen, welche dort das Deutsche Reich vertreten, ist ein sehr mildes, ihr Urtheil über das dort von uns verfolgte System desto schärfer. Sie geben eine Schilderung der dortigen Zustände, wonach sogar der Handel durch dieses System schwer geschädigt ist. Fürst Bismarck hatte 1884 Verhandlungen mit den königlichen Kaufleuten angeknüpft, um eine richtige Kolonialpolitik zu inauguriren. Diese Verhandlungen führten aber zu keinem Resultat, und man that darauf das Unrichtigste, was man thun konnte, man schickte Leute von hier aus dorthin, die Land und Leute nicht kannten, anstatt den dort ansässigen, mit Jahren langen Erfahrungen ausgerüsteten Kaufleuten ein Souveränitätsrecht einzuräumen oder ihnen doch einen weitgehenden Einfluß zu gewähren. Es ist dann zwischen den Beamten und den Kaufleuten ein ganz unerquickliches Verhältniß eingetreten, die letzteren sind mit kleinlichen Maßregeln chikanirt und in ihren Interessen geschädigt worden. Die von Deutschland herübergekommenen Beamten und Unteroffiziere haben durch ihre Unduldsamkeit und Unkenntniß alles verdorben. Andere, ersprießlichere Ergebnisse hätte man gehabt, wenn man die Notabeln zur Mitwirkung herangezog. Jetzt ist der Unternehmungsgeist dort gelähmt, keine einzige große Firma ist dort thätig, seit wir die Kolonialpolitik unternommen haben. Was wir mit Aufrechterhaltung aller militärischen Macht nicht zu Wege bringen, bringt eine einfache Handelsgesellschaft fertig. In vollständiger Verkennung des Negers und seines Charakters, in Verkennung des Charakters des Landes, in der falschen Annahme, daß der Eigenthumsbegriff bei den Negern nicht vorhanden oder nicht entwickelt sei, hat man die schlimmsten Fehler gemacht, welche zu den empfindlichsten Rückschlägen geführt haben. Geht man etwa nach Afrika, um dort wegen einer leichten Bemerkung gegen den Gouverneur eingesperrt zu werden? (Heiterkeit.) Das kann man in Deutschland auch haben. Mit dieser verkehrten Rechtsprechung wird entsetzliches Unheil angerichtet. Es giebt in Afrika zwar kein geschriebenes, aber ein feststehendes traditionelles Recht, dessen Verletzung durch unsere mit dem Kodex ausgerüsteten Richter die größte Erbitterung hervorrufen muß und hervorruft. Meine Freunde unterhalten seit 20 Jahren ihre Faktoreien an der westafrikanischen Küste; mit den unsäglichsten Mühen halten sie den Karawanenhandel aufrecht. Nun kommt das Deutsche Reich mit seinen bureaukratischen Einrichtungen und verdirbt mit einem Schlage alles bisher Erreichte. Das System der Bureaukratie muß fallen. Es dürften nicht Beamte mit souveränen Vollmachten hinkommen, die von den Verhältnissen nicht die geringste Ahnung haben. Die mititärische Organisation namentlich nach dem Innern muß endlich beseitigt werden. Notabelnkammern und Schöffengerichte mit Notabeln werden bessere Erfolge bringen.

Dirigent der Kolonialabtheilung Geheimrath Dr. **Kayser**: Die Verwaltung hat die Kolonien nicht gegründet, sondern theilweise vorgefunden. Die Frage, wie theoretisch eine Kolonie zu begründen sei, erinnert doch einigermaßen an die Frage, wie man Löwen fängt. Verhandlungen mit den „königlichen Kaufleuten“ über die Uebernahme der Verwaltung haben gerade in Kamerun stattgefunden und die Kaufleute haben abgelehnt. Die Kolonien werden nicht bureaukratisch regiert. Die Ostafrikanische Gesellschaft ist gerade sehr befriedigt gewesen, als sie endlich die Verwaltung aufgeben durfte. Es wird nichts angeordnet, beschlossen, was nicht vorher von dem Kolonialrath beschlossen worden ist. In Kamerun und Togo sind auch Handelskammern aus den ansässigen Firmen, die aber leider wegen Theilnahmslosigkeit der Betheiligten eingeschlafen sind. Klagen sind bei uns wohl von den deutschen Firmen in den Kolonien, niemals aber von fremden Firmen daselbst eingelaufen. Daß unsere Beamten und Offiziere sich nicht auf den Volkscharakter verständen oder nicht auf denselben einzugehen wüßten, ist eine haltlose Behauptung; das Gegentheil ist der Fall; noch nie hat sich ein solcher Beamter einen Mißgriff gegen einen Eingeborenen zu schulden kommen lassen. Wenn wir auf die Ansässigen verwiesen werden, so sind das meistens ganz junge Faktoristen, die uns nichts nützen können, die jedenfalls nicht so viel Sachkenntniß und Umsicht besitzen, wie unsere als Richter dort fungirenden Beamten. Die Expeditionen sind stets mit ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Firmen ins Innere geschickt worden. Wenn ein nicht gutes Einvernehmen in einer Kolonie zwischen Beamten und Handeltreibenden besteht, so liegt der größere Theil der Schuld ganz sicher auf Seiten der jungen Herren Faktoristen. In dem Falle, auf welchen der Herr Vorredner anspielte, war nicht von einer kleinen Bemerkung die Rede, sondern der Herr hat den Gouverneur direkt der Parteilichkeit beschuldigt und ist dafür im ordentlichen Rechtsgange zu Gefängnißstrafe verurtheilt worden, die er auch abgesessen hat. Aehnliche Angriffe gegen den Gouverneur Zimmerer hat ja auch Dr. Zintgraff bei der kaiserlichen Regierung und auch öffentlich in der Presse erhoben; auch er bezeichnet die Verwaltung als eine bureaukratische und wirft dem Gouverneur vor, daß er ihn im Stich gelassen habe, seine Expeditionen unmöglich gemacht habe u. s. w. Herr Zimmerer ist schon sechs Jahre in unsern Kolonien, in die er aus reiner Begeisterung für die Kolonialsache als gereifter Mann sich begeben hatte. Herr Zintgraff ist nur ein Jahr länger dort. Die Expedition Zintgraff endete Ausgangs Januar 1891 unglücklich; er wurde mit seinen befreundeten Negern vom Bali-Stamm geschlagen und mußte sich fluchtartig zurückziehen. Nun verlangte er vom Gouverneur oder von der deutschen Regierung Offiziere, Mannschaften und Gewehre, um seine Bali damit zu bewaffnen. Dieser Vorschlag stieß auf Bedenken. Dr. Zintgraff trat dann eine neue Forschungsreise an, und etwa ein Jahr nach seiner ersten Niederlage überrascht er uns mit der Anklage gegen Herrn Zimmerer, daß dieser ihn bei der ersten Expedition im Stich gelassen hätte. Diese Anklage ist durch und durch unrichtig, ja frivol, zumal Herr Zintgraff sich aus den Akten des Gouvernements selbst von der Unrichtigkeit seiner Behauptungen überzeugt hat. Ein großer Theil seiner Träger ist ihm desertirt, weil er sie so barbarisch behandelte, daß sie es einfach bei ihm nicht mehr aushielten. Er überwies dem Gouverneur Einige der Verurtheilten zur Bestrafung; diese war aber eine so barbarische — es sollte Einer von ihnen unter anderm hundert Peitschenhiebe erhalten —, daß der Gouverneur sich weigerte, sie zu vollziehen. Ueber diese unglückselige Humanität führt nun Herr Zintgraff seinerseits wieder Klage. Das geht doch nicht, daß Dr. Zintgraff die bedauerlichen Mißerfolge seiner letzten Expedition auf fremde Schultern abwälzt. Wir hatten gehofft, er würde sich etwas beruhigen, das ist aber nicht eingetreten; im Gegentheil, die neueren Berichte, die von dem Balilande einlaufen, sind derart, daß die Zuverlässigkeit seiner Berichterstattung zu leiden anfängt. Seine Bali sind auch keineswegs zu der Elite der Kamerunneger zu rechnen; es sind diebische, räuberische, plündernde Neger, die alles andere eher, als eine Schutztruppe für Kamerun vorstellen. Jedenfalls hat Herr Zintgraff auch die Arbeiterfrage mit den Balis nicht gelöst. Von den anderen Vorwürfen des Dr. Zintgraff in seiner Schmähschrift greife ich nur noch seine Angriffe gegen den im Reichsdienst gefallenen Herrn von Gravenreuth heraus, um diesen Mann gegen seine Beschuldigungen in Schutz zu nehmen. (Zustimmung). Wir werden künftig nicht mehr private Amateurs zu Expeditionsführern machen; sollten wir wieder Expeditionen für nöthig halten, werden wir sie dem Gouverneur übertragen, der dann das weitere unter seiner Verantwortlichkeit veranlassen muß.

Abg. **Bamberger** (dfr.): Das alles wäre sehr unterhaltend, wenn es sich nicht um das Geld der deutschen Steuerzahler handelte, mit dem alle diese schönen Experimente bestritten werden müssen. Hoffentlich werden die Steuerzahler und der Reichstag die richtige Nutzanwendung aus diesen Mittheilungen abstrahiren. Wir werden diesmal keine Anträge auf Absetzung stellen; wir wollen überhaupt nicht die Kritik wiederholen, die wir stets geübt haben, und die auch heute wieder am Platze wäre. Bei jeder Kolonie, die neu gegründet wurde, haben sich die alten Erfahrungen wiederholt. Keine der Hoffnungen, mit denen man so verschwenderisch umging, hat sich erfüllt. In keiner Kolonie, von Neu-Guinea bis nach Kamerun, ist es gelungen, die Arbeiterfrage befriedigend zu beantworten. Mit den einheimischen Bewohnern als Arbeitern hat sich nirgends etwas machen lassen. Wir werden nur für die Bewilligung für Kamerun und Togo stimmen. Eine Beleuchtung verdient aber doch das Bild, welches sich heute vor uns von Kamerun, dieser Perle unserer Kolonien, entrollt hat. Würde sich das Haus nach den beiden Vorträgen, welche es heute gehört hat, wirklich getrauen, ein Urtheil darüber abzugeben, wer von beiden Recht oder Unrecht hat? Ich wenigstens enthalte mich bei meiner gänzlichen Unkenntniß der Dinge jedes Urtheils. Auch was mein Freund Samhammer vorgebracht hat, kann mich nicht sicherer machen, denn die Kaufleute, auf deren Urtheil er sich stützt, haben mit allen Kaufleuten den Fehler, daß sie bei solchen allgemeinen Interessen zu leicht an sich und die Unfehlbarkeit ihres Urtheils glauben. Ebensowenig aber gebe ich auf das Urtheil des Kolonialrathes, der ja aus ganz freundlichen, begeisterten Herren bestehen mag, die aber doch auf Sachkenntniß selbstkeinen Anspruch erheben. Leidtragend ist bei der ganzen Frage nur das deutsche Volk, welches Jahr aus, Jahr ein eine Anzahl von Millionen für diese kolonialen Unternehmungen hergeben muß. Mit Dr. Zintgraff, der vordem als eine Leuchte der Kolonialpolitik hingestellt wurde, haben wir vergleichsweise dieselben Erfahrungen machen müssen, wie mit dem Major von Wißmann; wir haben die Gelder für das Abenteuerbedürfniß dieser Herren zahlen müssen. In dem Streite beider mit der Regierung gehe ich unter allen Umständen mit der letzteren, wie ich das stets gethan habe, denn die Regierung stellt gegenüber diesem Abenteuerdrang das temperirende Element vor. Die Expeditionen müssen eingeschränkt werden.

Abg. Graf **Arnim** (Rp.): Offenbar begrüßt der Abg. Bamberger die Meinungsverschiedenheiten, welche hier erwähnt worden sind, mit großer Freude, und wenn er sich für die Regierung erklärt, so erscheint mir das als ein großer Vorwurf für die Regierung, weil es danach scheinen könnte, als sei dieselbe mit der Kolonialpolitik selber nur ungern befaßt. Sieht denn Herr Bamberger nicht den Fortschritt, der in Afrika gemacht ist, den ungeheuren Aufschwung des Verkehrs, das Näherrücken von Afrika und Europa? Läßt er ganz außer Augen, was Frankreich, was Italien für ihre Kolonialzwecke gethan haben? Er wünscht offenbar, daß unsere Kolonien wieder gänzlich in Wegfall kommen; wir können das vom nationalen Standpunkte aus nie zu zugeben. (Zustimmung rechts.) Welches Programm hat denn Herr Bamberger in bezug auf unsere Kolonien? Will er vielleicht die Kolonien, wie Hannibal Fischer 1848, verauktioniren? Die Entrüstung der Nation würde ihn von seinem Auktionatorstuhl wieder herunterfegen! (Lachen links.)

Abg. **Bamberger**: Ich habe nicht von den Kolonien fremder Nationen, sondern von unseren, mit deutschem Gelde bezahlten Kolonien gesprochen, die ich für die unergiebigsten halte. Ich wiederhole, daß wir nur für Kamerun und Togo das Geforderte bewilligen, alles Uebrige ablehnen werden.

Abg. **Mehnert** (dl.) verlangt nähere Auskunft über die Möglichkeit der Berufung gegen Strafurtheile in den Schutzgebieten. Der schon erwähnte Angestellte der Firma Jantzen und Thormählen sei mit dem Ausdruck: „Hier giebt es gar keine Berufung“, abgewiesen worden. Auch soll derselbe in völlig gesundheitswidrigen Räumen seine Haft haben abbüßen müssen.

Geh. Rath **Kayser**: Die Gerichtsbarkeit in den Schutzgebieten ist so organisirt, wie in den Konsular-Gerichtsbezirken. Von der Aeußerung: „Hier giebt es gar keine Berufung“, ist uns nichts bekannt. Der Gouverneur Zimmerer, der selbst sechs Jahre Landgerichtsrath in Minden war, kann doch unmöglich dem Verurtheilten die zweite Instanz haben abschneiden wollen. Der Richter erster Instanz war der Kanzler, dieser mußte aber vom Richteramt ausgeschlossen werden, weil die Beleidigung sich gegen ihn selbst gerichtet hatte. Jedenfalls ist keine Berufung eingelegt worden. Wir haben aber bei dem Gouverneur wegen der Sache angefragt; die Antwort steht noch aus. Das Gefängniß ist allerdings ein solches, in welchem es nach dem Ausdruck des Berichts „nicht nach Veilchen riecht“ (große Heiterkeit); aber es war nicht schlechter und nicht besser als jedes andere Gefängniß in Deutschland.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat für Kamerun wird bewilligt, ebenso der für Togo ohne Debatte. Beim Etat für die südwestafrikanischen Schutzgebiete kommt Abg. Graf **Arnim** (Rp.) auf die abfällige Kritik zurück, welche früher an Lüderitzland geknüpft worden ist. Man habe es ein elendes Sandloch genannt, welches so schnell wie möglich England überlassen werden müsse u. s. w. Jetzt stehe fest, daß das Land ansiedlungsfähig sei und eine große Zukunft habe. Zahlreiche Soldaten der Schutztruppe befänden sich dort so wohl, daß sie in der Kolonie zu bleiben entschlossen wären. Hätte man die Vorschläge des Hauptmann François seiner Zeit mehr berücksichtigt, so wäre die Situation dort noch eine vortheilhaftere. Man hätte wie in Betschuanaland bestimmte Distrikte für die eingeborene Bevölkerung anweisen, die anderen Distrikte als Kronländer erklären müssen. Redner geht ausführlich auf die Konzessionen ein, welche der für die Kolonie ins Leben getretenen englisch-deutschen Gesellschaft für das Damaraland ertheilt sind. Er hofft, daß die gesetzgebenden Faktoren des Reichs sich seiner Zeit dem Gedanken einer Zinsgarantie für die von der Gesellschaft zu bauende Eisenbahn nicht ablehnend verhalten werden. Bedauerlich ist ihm die Konkurrenz des englischen Kapitals, welches nicht dieselben Interessen wie das deutsche in Südwestafrika habe. Um Ruhe und Ordnung zu halten, brauche man auf jeden Fall den extraordinären Zuschuß, der in Höhe von 267 300 M. ausgeworfen sei.

Reichskanzler Graf **v. Caprivi**: Der Vorredner macht den Reichsregierung den Vorwurf, sie habe bei der Ertheilung der Damaraland-Konzession die deutschen Interessen nicht hinreichend gewahrt. Diese schwerwiegende Behauptung ist durch Gründe nicht unterstützt worden. Es könnte sein, daß die Interessen der Gesellschaft, welche der Vorredner angehört hat, nicht genügend gewahrt worden sind. Das trifft aber auf die deutschen Interessen nicht zu. Im Zustande des Abwartens sind wir bezüglich Südwestafrikas schon zehn Jahre, und deshalb bin ich geneigt gewesen, auch englisches Kapital dorthin zu lenken, um redlich einen Gegenstand zu finden, der des Schutzes durch die deutsche Schutztruppe würdig ist. Da wir das Land haben, müssen und werden wir es halten (Beifall). Im vorigen Sommer kam Herr von François hierher, und in den Besprechungen mit ihm stellte sich heraus, daß auf die Dauer der jetzige Zustand unhaltbar werden könnte, insofern als Hendrik Witboi geneigt sei, sich mit den Hereros zu verständigen. Bisher hatten wir mit der geringen Truppe auskommen können, wenn wir den Einen gegen den Andern ausspielen konnten. Verständigten sich beide, dann wurde unsere Lage sehr schwierig. Die Regierung mußte diese Veränderung ins Auge fassen. Bei der ungeheuren Schwierigkeit der Kommunikation muß dem leitenden Offizier ein großer Spielraum gelassen werden, andererseits muß man bestrebt sein, kommenden Ereignissen zuvor zu kommen. Wir dürften uns durch eine solche Verständigung nicht überraschen lassen. Auf meine Verantwortung hin habe ich unter Ueberschreitung der Grenzen des Etats einige Veranstaltungen schon im vorigen Sommer getroffen. Ich habe unsere dortige kleine Festung verproviantiren lassen, habe ihr Munition, Waffen und Unterkunftsräume für die Truppe beschaffen lassen. Alles das war ruhig und in der Stille gemacht worden. Die Nothwendigkeit dazu zeigte sich klar schon vor einigen Monaten. Ich entschloß mich beim Kaiser die Verstärkung der Schutztruppe zu erbitten. Ich wollte sie zuerst auf 80 Mann bringen. Die Leute wurden ausgewählt und zwar unter dem Gesichtspunkte, daß sie eine Reihe von Gewerben repräsentirten. Fast hatte schon die Einschiffung dieser Verstärkung begonnen, als neue Nachrichten die Nothwendigkeit weiterer Schritte nahe legten. Die Hereros hatten sich schon Dreistigkeiten erlaubt, welchen auch mit 80 Mann nicht hätte entgegengetreten werden können. Der Kaiser hat dann auf meine Verantwortung eine weitere Verstärkung genehmigt, und wenn das Schiff nach Südwestafrika gelangt sein wird, dürften wir etwa über 250 Soldaten gebieten. Das ist wenig, wird aber hinreichen, um unsern Besitz zu erhalten, und die Polizei für uns und die Engländer, die ihr Geld da unterbringen, vor Insulten der Farbigen sichern zu können. Wir wollen so unblutig immer mehr Herren des Landes werden. Wir haben es einmal, unter Zustimmung des Volkes ist es deutsche Kolonie geworden; ich lasse mich darüber, wie das gekommen ist, in keine Betrachtung ein. Zu diesen Maßregeln trat noch eine Untersuchung, ob wir nicht anders wo, als gerade in der Walfischbay landen könnten. Dieses ist doch immerhin fremdes Land und außerdem versandet der Hafen immer mehr. Häfen sind bekanntlich an der ganzen Westküste Afrikas nicht vorhanden, man landet überall von der Rhede aus. Es wurde die Mündung des Schwarzen Flusses ausersehen und ein Landungsboot angeschafft. Vor einigen Tagen ist der erste telegraphische Bericht hierüber eingegangen, der günstig lautet. Es sind also alle Vorbereitungen getroffen, die auch, wer auf dem Boden des Grafen Arnim steht, wird billigen müssen. Graf Arnim meint, die Besiedelung wird rasch fortschreiten. Ich will das wünschen. Die bisherigen Versuche sind allerdings nicht ungünstig ausgefallen; aber es ist bisher damit langsam gegangen. Hauptmann v. François bezweifelt, daß die Siedler die schwierigen Wasserverhältnisse überwinden und zum Ackerbau vordringen werden. Es spricht ja manches dafür, einmal einen Versuch mit 40, 50 Familien zu machen. Man hat uns angeboten, Boeren zu mehreren Tausenden auf einmal in das Land zu lassen. Dem widerspreche ich ganz entschieden. Bei dem Unabhängigkeitsgefühl der Boeren, bei ihrem Anspruch auf eigenes Recht und eigene Verwaltung würden wir mit unserer Polizeitruppe nicht weit kommen. Wir müssen uns also zunächst auf unsere eigene Kraft beschränken. (Beifall.)

Abg. **Hammacher** (nl.): Mit Genugthuung hören wir, daß das Reich entschlossen ist, Südwest-Afrika zu erhalten und diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche das Land sichern sollen. Diese letztere Zusage kommt etwas spät; schon seit Jahren hätten diese Maßregeln ergriffen werden müssen. Ueber die Damaraland-Konzession hat der Reichskanzler nur wenig gesagt. Wäre schon vor Jahren gethan worden, was der Reichskanzler jetzt gethan hat, so wäre der Zustand der Erstarrung nicht eingetreten, den er beklagt hat. Noch vor wenigen Jahren mußte der deutsche Kommissar selbst sich in Otyimbigue die Thüre weisen lassen; selbst er war nicht genügend geschützt. Der Reichskanzler hat daher kein Recht, sich über die Stagnation in Südwestafrika zu beschweren. Soweit gehe ich nicht zu sagen, daß die Konzession gegen die Interessen des Reichs ertheilt sei; aber sie ist ohne genügende Rücksicht auf die Reichs-Finanzinteressen ertheilt. Das Reich hat Steuerfreiheit und zwar auf viele Jahrzehnte ertheilt und alle finanziellen Vortheile aus der Hand gegeben. Wo sollen die Mittel für die Bestreitung der Ausgaben für das Schutzgebiet auf diese Weise herkommen? Es ist ein Saltomortale, den die Kolonialverwaltung mit der Ertheilung dieser Konzession gemacht hat. Die South Westafrika-Kompagnie besaß gar kein Kapital in dem Momente, wo sie diese ungeheuren Rechte erhielt. Inzwischen hat ja die Gesellschaft viele Pfund Sterling unterzubringen verstanden, und sich auch mit den Rechtsnachfolgern von Lewis verständigt. Geschädigt sind die deutschen Interessen namentlich durch die Ertheilung einer Eisenbahn-Konzession für alle Eisenbahnen im Schutzgebiete, nördlich vom Wendekreis des Steinbocks.

Geh. Rath **Kayser**: Die Vorwürfe, welche der Vorredner gegen die Ertheilung der Damaraland-Konzession gerichtet hat, muß ich zurückweisen. Weder sind die Interessen der schon im Schutzgebiete wohnenden Deutschen, noch sind die deutschen Reichs-Finanzinteressen verletzt worden. Die Angriffe berücksichtigen nicht den Unterschied zwischen Schutzgebiet und Interessensphäre. Ersteres ist ein staatsrechtlicher, letztere ein internationaler Begriff. In der deutschen Interessensphäre können wir den Verordnungen, welche wir für das Schutzgebiet erlassen, gar keine Geltung verschaffen. „Bestehende Rechte deutscher Reichsangehöriger“ sind im wesentlichen nur bei der Kolonialgesellschaft für Deutsch-Südwestafrika vorhanden. Auf das Land, welches bei dieser Konzession in Betracht kommt, hatte diese Gesellschaft niemals einen Anspruch. Der Vorwurf, daß man die ganze Kolonie mit der Konzession an England ausgeliefert habe, ist ebenfalls hinfällig. Bei der South-West-African Company sind sehr ansehnliche deutsche

Häuser betheiligt. Wenn man das Fehlen jeder wirthschaftlichen Gegenleistung vermißt, so übersieht man, daß diese Gegenleistung in der wirthschaftlichen Erschließung des Landes besteht. Es ist wirthschaftlich falsch, einer jungen Kolonialgesellschaft von allem Anfang an schwere finanzielle Belastungen aufzuerlegen. Die Gesellschaft muß doch noch für Expeditionen 300 000 M., für den Bau von Eisenbahnen in den nächsten zehn Jahren 400 000 M. ausgeben. Wenn erst steuerbare Objekte in der Kolonie entstanden sind, wird auch die Heranziehung der Gesellschaft zur Steuer nicht auf sich warten lassen. Was die Zinsgarantie betrifft, so kann nicht heute oder morgen mit dem Bau einer Bahn nach Windhoek oder Otyimbigue begonnen werden. Wenn es so weit sein wird, hat auch der Reichstag ein Wort mitzureden.

Abg. **Hammacher** (natl.) sucht auszuführen, daß die Damaraland-Konzession bezüglich der Verleihung des Minenrechts null und nichtig sei, weil das in Frage stehende Land nicht mehr in die deutsche Interessensphäre falle, vielmehr durch besonderen, im Kolonialblatt veröffentlichten Erlaß des Kaisers unter deutschen Schutz gestellt worden ist.

Geh. Rath **Kayser** erklärt diese Auffassung für irrig.

Nachdem noch Abg. Graf **Arnim** darauf hingewiesen hat, daß er einer Erwerbsgesellschaft für Südwest-Afrika nicht angehöre, wohl aber Mitglied des Präsidiums der deutschen Kolonialgesellschaft sei, schließt die Diskussion.

Die Forderungen für Südwest-Afrika werden bewilligt, ebenso das Etatsgesetz für die Schutzgebiete.

Um 5½ Uhr wird die Fortsetzung auf **Donnerstag 1 Uhr** vertagt. Außerdem Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung.

Lokales.

Der Allgemeine deutsche Gewerbe-Verein (Vereinsbureaus: Berlin und Köln am Rhein) agitirt gegenwärtig gegen die Sonntagsruhe und sucht den Kampf gegen dieselbe gleichzeitig zum Mitgliederfang zu benutzen. Hiervei kommt es ihnen auf eine kleine Unwahrheit nicht an. So heißt es in dem in Berlin verbreiteten Zirkular:

„Die Presse aller Parteirichtungen hat den Hauptinhalt der Reichstags-Petition:

> „Die städtischen Verwaltungsbehörden sollen ermächtigt werden, auf Wunsch der Mehrzahl der in Betracht kommenden Gewerbetreibenden, die Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen den örtlichen Verkehrsverhältnissen entsprechend einzurichten"

als gerecht und billig anerkannt."

Nun, die Partei, welche in Berlin besonders in Betracht kommt, die sozialdemokratische, hat sowohl die offenen, wie die versteckten Angriffe gegen die Sonntagsruhe jeder Zeit zurückgewiesen, und hat vor allem Stellung genommen in der Presse, wie im Reichstag und in der Gemeindevertretung gegen die Durchlöcherung der gesetzlichen Bestimmungen durch die Lokalbehörden.

Wir sind der Meinung, daß die Arbeiterorganisationen gut thun werden, rechtzeitig den Bestrebungen des allgemeinen deutschen Gewerbe-Vereins entgegen zu treten. Gelingt es den Inhabern der Ladengeschäfte, die Sonntagsruhe hinfällig zu machen, so wird die Rückwirkung auf die Arbeiter nicht ausbleiben.

Die „Nothleidenden" halten gegenwärtig sehr opulente Familientage ab, nicht etwa in irgend einer Penne, sondern in den allerfeinsten Hotels, „Kaiserhof", „Monopol-Hotel" u. s. w. Solch' ein Familientag kostet oft viele Tausende, und den Theilnehmern an denselben würde man keine Noth anmerken, wenn man nicht ihre Klagen im Reichstage, Landtage, Provinzial-Landtagen und Kreistagen, sowie in allen landwirthschaftlichen Vereinen vernähme. Diese agrarischen Junker prassen und schlemmen, und schämen sich nicht, ein Jammergeschrei zu erheben, wenn der Staat nicht bereit ist, ihnen zu Liebe das Brot des armen Mannes zu vertheuern.

Die Gast- und Schankwirthe Berlins waren am Montag im großen Saal der „Konkordia" versammelt, um gegen die Polizeistunde Stellung zu nehmen und deren ungleichmäßige Handhabung einer Kritik zu unterziehen. Herr Rechtsanwalt Dr. Schoeps hatte das Referat übernommen. Er gab zunächst einige Rechtsbelehrungen über das Wesen der Polizeistunde; sie habe einen gesetzlichen Halt dadurch, daß die Uebertretung derselben im Gesetzbuch mit Strafe bedroht sei. Ihr Zweck sei die Verhinderung der Völlerei. Bei der Art und Weise aber, wie die Polizei die Durchführung beliebe, sei dieser Zweck verfehlt; der Gelegenheit zum übermäßigen Trinken sei Thür und Thor geöffnet. Die Verordnung, daß in einer Großstadt wie Berlin, die Lokale um 11 Uhr Abends geschlossen werden müssen, stamme aus dem Jahre 1850 und sei nicht mehr zeitgemäß. Die Ausdehnung der Polizeistunde bis 12 Uhr Abends sei ein Bedürfniß u. s. f. Er empfahl zum Schluß die Annahme einer Resolution für Festsetzung der Polizeistunde auf 12 Uhr und für energischen Kampf bis der Polizeistunde die Glocke geschlagen habe. (Großer Beifall.) Die nächstfolgenden Redner sprachen sämmtlich im Sinne des Referenten und beklagten sich zum Theil bitter über den Schaden, den ihnen die Polizei verursache. Genosse Zubeil bedauerte, daß nicht alle Gastwirthe zur Erkenntniß gekommen seien und sprach die Hoffnung aus, daß der Polizeiwillkür energischer entgegen getreten werde, als dies leider bisher nicht geschehen.

Der „Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe" dem er angehöre, sei schon vor 2 Jahren in eine derartige Agitation eingetreten, was ihm und dem Kollegen Gründel Anklagen wegen Beleidigung des Polizeipräsidiums eingebracht habe. Die Freisprechung sei erfolgt, weil das Gericht zu der Ueberzeugung gelangte, daß die Beschuldigten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt haben. Es sei an der Zeit, daß es auch in den Köpfen der Gastwirthe zu dämmern anfange. Die nur wenig fordernde Resolution müsse Berücksichtigung finden, die politische Meinung dürfte nicht durch Polizeimaßregeln geknebelt werden.

Nachdem Herr Gastwirth Gensler eine Aenderung dahin empfohlen hatte, daß die Polizeistunde für den ganzen Regierungsbezirk Potsdam bis 12 Uhr verlängert werde, gelangte die Resolution einstimmig zur Annahme. Als weiterer Punkt stand ein Referat des Herrn Brunzlow über die Bierfrage und den Flaschenbierhandel auf der Tagesordnung. Der Flaschenbierhandel zu „Schleuderpreisen" wie er von seiten einiger Brauereien in schwunghafter Weise zum Schaden der Gastwirthe betrieben werde, müsse durch engen Zusammenschluß aller Geschädigten zu beseitigen gesucht werden. Die nächstfolgenden Redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus, mit Ausnahme des Genossen Zubeil, der nicht den Kampf gegen den Flaschenbierhandel, sondern um Verbilligung des Bieres zu führen empfahl. Die von 500—600 Gastwirthen besuchte Versammlung unter Leitung des Vorstandes vom „Verband der Gast- und Schankwirthe" (Vorsitzender Rümann) nahm schließlich eine Resolution an, deren Spitze sich gegen diejenigen Brauereien richtete, welche den Flaschenbierhandel in oben gekennzeichneter Weise betreiben. Zwecks Weiterführung des Kampfes soll eine demnächst zu berufende Versammlung entgiltig Beschluß fassen. Genosse Zubeil versprach die Einbringung einer Resolution, für deren Annahme jeder Gast- und Schankwirth nach Kräften sorgen möge.

Der Stadthaushalts-Etat der Stadt Berlin für das Jahr 1. April 1893/94 ist der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlußfassung zugegangen. Wir begnügen uns heute damit, ihn auszugsweise mit den entsprechenden Erläuterungen des Kämmerers Maaß mitzutheilen, uns die Kritik desselben vorbehaltend. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 84 535 014 M. ab. Der Etat fordert an Gemeinde-Einkommensteuer die Summe von 21 585 593 M., d. h. 6 264 613 M. mehr als im Vorjahre. Diese Summe wird durch Erhöhung der einzuziehenden Quote auf 90 pCt. aufzubringen sein, trotzdem bei einem großen Theil der Kapitel der Einnahme nicht unerhebliche Erhöhungen eingetreten sind, und insbesondere die Dotation aus den landwirthschaftlichen Zöllen eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Die laufenden Ausgaben, so heißt es in den Erläuterungen, haben nach Maßgabe der Erhöhungen in den vorausgegangenen Jahren und der wachsenden Bedürfnisse, insbesondere bei der Armenverwaltung und durch das Inkrafttreten des neuen Polizeikosten-Gesetzes, sich erheblich erhöht. Bezüglich der Mindereinnahmen und der Mehrausgaben bei dem Extra-Ordinarium, welches sich in Einnahme auf 6 637 558 M., in Ausgabe auf 13 041 617 M. stellt, sind es besondere Verhältnisse gewesen, welche dieselben herbeigeführt haben. Bei den Mindereinnahmen liegt der Grund darin, daß in dem Etat ein geringerer Ueberschuß aus der Verwaltung des Jahres 1891/92 übernommen werden konnte, als dies im Vorjahre der Fall war. Bei den Mehrausgaben liegen die Ursachen darin, daß zur Pflasterung von Straßen höhere Beträge und zur Freilegung der Gertraudtenstraße drei Millionen Mark angesetzt worden sind. Wenn auch die erwähnten Mehrausgaben in den eigenen Einnahmen und den Steuern Deckung finden, so müssen doch die Mittel zur Vollendung der Bauten der Irrenanstalt in Lichtenberg, und einer Anstalt für Epileptische auf der Feldmark Biesdorf, zum Ausbau der Damm-Mühlen, zur Deckung der Kosten für die Brückenbauten und die Spreeregulirung, sowie zur Anlegung eines Hafens aus Anleihemitteln entnommen werden. Bei dieser Steigerung der Schuldenlast wird dieselbe einen erheblichen Druck auf die Steuerpflichtigen nicht ausüben können. Die Gesammt-Anleiheschuld ist bis Ende März d. J. auf 256 147 058 M. anzunehmen, sie wird sich bis ultimo März 1894 auf 281 944 497 M. erhöhen. Daran sind betheiligt: die städtischen Werke mit 211 649 092 M. und die Stadthauptkasse mit 70 295 405 M. Auf den Kopf der Bevölkerung wird von der zur Verzinsung und Tilgung der Kämmereischuld erforderlichen Summe nur 1,75 M. fallen. Es wird dabei darauf hingewiesen, daß der Etat für alle Klassen der Bevölkerung namentlich aber für die ärmeren Klassen derselben Sorge trifft. Unter anderem sollen aufgewendet werden: für das Gemeindeschulwesen 9 406 077 M., für die Taubstummenschule und die Blindenanstalt 123 210 M., für den Bau von Gemeinde-Schulhäusern 1 423 900 M., für den Fortbildungs-Unterricht und die Volks-Bibliotheken 606 329 M., für das Armenwesen, Waisen-Verwaltung, Hospitäler, Siechen-Anstalt, Krankenhäuser, Obdach, Irren-Anstalten, Bade-Anstalten ꝛc. 17 018 818 M. Diese Summen stellen nahezu 66 pCt. von dem in den Etat gestellten Betrage an Steuern von 41 469 093 M. dar. Zu der Summe des Stadthaushalts-Etats von 84 535 014 M. treten noch die Etats der städtischen Werke in Höhe von 50 011 035 M., so daß sich eine Gesammtsumme von 134 546 049 M ergiebt. — Die im vorigen Jahre erfolgte Ermäßigung der Miethssteuer soll auch für das Etatsjahr 1893/94 bestehen bleiben; ebenso soll die unterste Stufe der Gemeinde-Einkommensteuer nicht zur Erhebung gelangen.

Ein anscheinend geisteskranker Mann ist am Dienstag Morgen in der Person des Schuhmachergesellen Josef Zech, Alexandrinenstraße 22 wohnhaft, auf Bahnhof Rixdorf dingfest gemacht worden, und zwar unter Umständen, die darauf schließen ließen, daß der Geisteskranke Selbstmord plane. Z. war schon kurz vor Eintreffen des ersten Frühzuges auf dem Perron erschienen und war auf das Geleise gesprungen, als ein Bahntrain heranbrauste. Nur mit Mühe gelang es Bahnarbeitern, den Mann, der es augenscheinlich darauf abgesehen hatte, von dem Zuge überfahren zu werden, von den Schienen herunter zu ziehen. Eine Stunde später erschien Z. wiederum auf dem Bahnhofe und diesmal gelang es den Beamten, den Selbstmordkandidaten gerade in dem Augenblick zu fassen, als er sich auf die Schienen warf. So groß war die Gefahr, daß zwischen der Gruppe von Helfern, dem Körper des Lebensmüden und den Rädern des einlaufenden Ringbahnzuges kaum ein Zoll Entfernung lag. Nun wurde die Polizei benachrichtigt und diese schaffte den Z., aus dessen wirren Reden man deutlich den Geisteskranken erkannte, nach dem Amtsbureau. Gegenwärtig befindet sich der Lebensmüde in ärztlicher Beobachtung.

Uebergefahren. Wahrscheinlich infolge der sogenannten Platzangst ist am 27. v M., Vormittags gegen 9¾ Uhr, der dreißig Jahre alte Bureauvorsteher Simon Preuß, Buckowerstr. 4, an der Waldemarbrücke vor dem Hause Buckowerstr. 1 von dem Omnibus 411 der Linie Görlitzer—Stettiner Bahnhof überfahren worden. Preuß wollte den Straßendamm überschreiten, wurde plötzlich besinnungs- und bewußtlos und fiel in diesem Zustande in den fahrenden Omnibus hinein, ehe der Kutscher Wodke das Gefährt zum stehen bringen konnte. Die Räder gingen dem besinnungslos Daliegenden über den linken Oberarm, sodaß dieser völlig zerschmettert wurde. Preuß erhielt durch einen herbeigerufenen Arzt einen Nothverband und wurde dann mittels Krankenwagens nach Bethanien gebracht.

„Infolge geistiger Umnachtung." mit diesen Worten leitete einer unserer Reporter die gestern von uns gebrachte Nachricht über den Selbstmord der unverehelichten Ida Neumeyer ein. Wie uns von Nachbarinnen derselben mitgetheilt wird, soll es die bitterste Noth gewesen sein, welche die Unglückliche in den Tod trieb. Sie nährte sich von Häkelarbeiten und soll ihr Verdienst in der letzten Zeit sich auf kaum 2 M. in der Woche belaufen haben. Außerdem litt sie an Krämpfen. Seit Wochen soll sie bereits kein Mittagessen gehabt haben und doch zu stolz gewesen sein, Mitleidsbezeugungen anzunehmen. Der Miethstermin war da, und ihr fehlten die Mittel, den Miethszins zu zahlen. Es bedarf da wohl nicht der Annahme geistiger Umnachtung, um einen Grund für den Selbstmord zu finden.

Mit einer bedeutenden Kopfverletzung wurde vorgestern Morgen um 7 Uhr der Post-Hilfsbote Richard Pröschke, Oranienstraße Nr. 40/41, auf dem Grundstücke des Postamtes 26 in der Adalbertstraße aufgefunden. Er war auf dem Hofe ausgeglitten, mit dem Kopfe gegen einen Eckpfeiler gestürzt und schlug sich den Kopf in einer Länge von 12 Zentimetern bis zur Schädeldecke auf.

Auf der Schloßbrücke sah man gestern Abend ein Mädchen sich auffallend hin- und herbewegen, dann legte es vor aller Augen ihr Tuch, Strümpfe und Schuhe ab, warf sie ins Wasser und wollte ihnen nachspringen. Die Zuschauer und ein hinzugekommener Polizeibeamter hielten sie aber zurück und brachten sie nach der Charitee, da sie aus Wuth über ihren mißglückten Versuch in Krämpfe fiel. Auf dem Hofe des Krankenhauses wollte sie dem Wärter entlaufen, wurde aber schließlich gebändigt. In ihr wurde die 27 Jahre alte unverehelichte Martha Gerlach festgestellt. Sie erklärte, daß sie vom Leben nichts habe, da sie doch keinen Mann bekomme.

Die Leiche eines zwei bis drei Monate alten Knaben wurde heute Morgen gegen 7 Uhr von einem Arbeiter im Flur des Hauses Melchiorstr. 5 gefunden. Sie war mit einem weißen Hemd und einer gemusterten weißen Parchentjacke ohne Zeichen bekleidet, in einen weiß und grau gestreiften Parchentlappen eingewickelt. Die Tödtung scheint durch Erstickung erfolgt zu sein.

Marktpreise in Berlin am 28. Februar, nach Ermittelungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,60—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,60 M., geringer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,40—13,10 M., mittlerer von 13,00—12,80 M., geringerer von 12,70—12,40 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 15,70—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,50 M., geringer von 14,40—13,90 M. Stroh, Richt- per 100 Kg. von 4,50—4,15 M. Heu per 100 Kilogramm von 7,30,—5,00 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 6,00—3,50 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Aale von 3,00—1,20 M. Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—3,00 M.

Polizeibericht. Am 27. v. M. Abends wurde ein Arbeiter an der Ecke der Garten- und Liesenstraße durch einen Schlächterwagen überfahren und an beiden Unterschenkeln bedeutend verletzt. — Am 28. v. M. Nachmittags versuchte auf dem Flur des Hauses Brunnenstr. 45 ein Konditorgehilfe sich mittels eines Taschenmessers zu erstechen. Er verletzte sich schwer an der Brust und wurde nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht. — Vor dem Hause Oranienstr. 65 wurde der Kutscher Rothe, als ein Rad des von ihm geführten Mörtelwagens über einen Stein hinwegging, infolge des Stoßes vom Wagen auf den Damm geschleudert und erlitt einen Bruch des Beckenknochens. — Abends fiel ein Glaser im Hause Invalidenstraße 149 von der Treppe und brach den Fuß. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhause gebracht. — Vor dem Hause Gneisenaustr. 98 wurde ein 70jähriger Arbeiter mit einer bedeutenden, anscheinend von einem Falle herrührenden Verletzung am Kopfe auf dem Fahrdamm bewußtlos aufgefunden und nach seiner Wohnung gebracht. — In der Nacht zum 1. d. M. brachte der Hutmacher Bebhard auf dem Hofe des Hauses Veteranenstraße 19 ohne jede Veranlassung dem Konditor Peters mit den Worten: „Heute steche ich alles todt" mittels eines abgebrochenen Rasirmessers einen Stich ins Auge bei und verletzte ihn schwer. Der Thäter wurde verhaftet. — Am 28. v. M. Abends fand in der Steinstraße 5 ein Gardinenbrand statt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Nachspiel zum Prozeß Ahlwardt bildet die Anklage wegen Meineides, welche heute gegen den Redakteur Richard Saling vor dem Schwurgericht hiesigen Landgerichts I verhandelt wurde. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Baath, die Anklage vertritt Gerichtsassessor Dr. Keßler, die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Friedmann. Am Tage vor dem Beginn des „Judenflinten-Prozesses", am Montag, den 28. November v. J. veröffentlichte das „Kleine Journal", dessen verantwortlicher Redakteur der Angeklagte bis dahin war, einen vom Angeklagten verfaßten Artikel „Ein Interview bei Ahlwardt im Strafgefängniß zu Plötzensee." Aus dem darin wiedergegebenen Gang der Unterredung des Interviewers mit Ahlwardt glaubte der im Judenflinten-Prozeß amtirende erste Staatsanwalt Drescher entnehmen zu sollen, daß es bei Ahlwardt's Vertagungsanträgen auf eine Verschleppung abgesehen war. Ahlwardt hatte die Wahrheit des Artikels bestritten, und auf Antrag des Ersten Staatsanwalts wurde am 29. November der jetzige Angeklagte als Zeuge vernommen. Bei seiner Vernehmung setzte er sich unter seinem Eide mit den Aussagen Ahlwardt's und des zeugeneidlich vernommenen Arbeitsinspektors Schmidt vom Strafgefängniß in Plötzensee in Widerspruch. Er bestritt nämlich die von den beiden Genannten übereinstimmend gegebene Versicherung, daß bei jenem Interview ihm ausdrücklich gesagt worden sei: „Bringen Sie aber vorläufig Nichts in die Presse". Nach Ansicht der Anklagebehörde hat er hierdurch seine Zeugenpflicht wissentlich verletzt, und so wurde der Angeklagte wegen wissentlichen Meineides am 7. Dezember v. J. in Haft genommen.

Der Angeklagte ist 32 Jahre alt, bezeichnet sich schon lange als „konfessionslos", hat aber erst am 29. November v. J., dem Tage, an welchem er vor Gericht vernommen wurde, offiziell seinen Austritt aus der jüdischen Glaubensgemeinschaft vollzogen. Er ist in den Siebziger Jahren zweimal wegen Bettelns und groben Unfuges, bezw. Widerstandes zu 3 bezw. 14 Tagen Haft verurtheilt worden, außerdem im Jahre 1892 wegen Preßvergehens zu 30 Mark. Er bemerkt zu den Strafen wegen Bettelns, daß er gelernter Schriftsetzer sei und die Strafen erlitten habe, als er sich auf der Wanderschaft befand.

Der Angeklagte bestreitet, einen falschen Eid geleistet zu haben. Sein Artikel enthalte nur die Wahrheit und seine beschworene Aussage, daß von keiner Seite an ihn das Ansinnen gestellt worden sei, entspreche durchaus den Thatsachen. Als er sich am 27. November nach Plötzensee begab, habe er unterwegs in der Pferdebahnwagen den Redakteur J. Fränkel getroffen. Derselbeen — so fährt der Angeklagte fort — sagte mir, daß ich schwerlich die nachgesuchte Unterredung mit Ahlwardt erhalten würde. Ich sollte nur zunächst den Oberinspektor Binding von ihm (Fränkel) grüßen, wenn ich aber gerade den Inspektor Schmidt treffen sollte, so würde es mir vielleicht gelingen, die Unterredung bewilligt zu erhalten, den Herrn Schmidt kenne er aus der Zeit, wo sein Bruder, der Redakteur S. Fränkel in Plötzensee gesessen, sehr gut. Ich kam zunächst zum Gefängniß I, überbrachte dem Oberinspektor Grüße von Fränkel, nannte meinen Namen Saling und bat ihn, Ahlwardt sprechen zu dürfen. Der Oberinspektor bedauerte, meinem Wunsche nicht entsprechen zu können, da Ahlwardt im sogenannten Maskenflügel saß. Ich wurde dorthin zu dem dienstthuenden Inspektor Schmidt geleitet und trug diesem unter Berufung auf Fränkel meinen Wunsch, Ahlwardt zu sprechen, vor. Herr Schmidt kratzte sich zunächst hinter den Ohren und sagte: „Ahlwardt? Das ist eine unangenehme Sache!" Er nahm besonders Bezug auf eine wahrheitswidrige Darstellung über die Behandlung Ahlwardt's im Gefängniß, welche vom Rechtsanwalt Hertwig in eine sächsische Zeitung gebracht war. Schließlich sagte er: „Na, ich will es auf meine Kappe nehmen!" und führte mich zu Ahlwardt. — Präs.: Entnahmen Sie nicht schon aus diesem Verhalten des Inspektors Schmidt, daß Sie nichts in die Presse bringen sollten? — Angekl.: Herr Schmidt betonte besonders die „Wahrheitswidrigkeit" der Hertwig'schen Schilderung, ich habe aber, wie allseitig anerkannt wird, einen durchaus wahrhaftigen Bericht veröffentlicht. — Präs.: Wie führten Sie sich nun bei Ahlwardt ein? — Angekl.: Ich begrüßte ihn und sagte: „Ich kenne Sie zwar nicht, berufe mich aber auf einen gemeinsamen Bekannten, Herrn Andersen von der „Staatsbürger Zeitung". Ich verneinte die Frage Ahlwardt's, ob ich bei der „Staatsbürger-Zeitung" sei und begann die Unterredung mit der Frage, ob ihm das Resultat der Reichstagswahl im Kreise Friedeberg-Arnswalde bekannt sei. Ahlwardt bejahte die Frage und bat mich, Platz zu nehmen. Wir setzten uns so, daß sich ein Regal zwischen uns befand, der Inspektor Schmidt stand so, daß er wohl alles zu hören vermochte, aber uns nicht im Auge hatte. Ahlwardt machte mit dem Finger die Geberde des Rauchens, ich gab ihm zwei Zigarren, ohne daß der Beamte es bemerken konnte. Dann begann die Unterredung, welche ich wahrheitsgetreu im „Kleinen Journal" wiedergegeben habe. Am Schlusse des Gesprächs fragte ich: „Können Ihre

Freunde hier noch etwas für Sie thun?" — Ahlwardt erwiderte: Nein, ich habe es hier soweit ganz gut, und kann mich nicht beklagen. Es sind über meine Behandlung im Gefängnisse wahrheitswidrige Artikel in die Presse gelangt und dadurch Unannehmlichkeiten für mich erwachsen, ich hoffe, daß ich dergleichen nicht von Ihnen zu befürchten habe." Ich versprach, dergleichen nicht zu thun, und muß immer wieder darauf hinweisen, daß ich auch nicht ein einziges unwahres Wort veröffentlicht habe. — Präs.: Ahlwardt behauptet nun, seine Bitte auf Geheimhaltung habe sich auf das ganze Gespräch bezogen und dies wird auch vom Inspektor bestätigt. — Angekl.: Das bestreite ich entschieden; mein Versprechen, nichts in die Presse zu bringen, bezog sich nur auf die Behandlung Ahlwardt's im Gefängnisse. Daß auch Ahlwardt dieser Ansicht gewesen sein muß, geht daraus hervor, daß er, als er mir nach Beendigung unserer Unterredung die Hand zum Abschied reichte, erklärte: So, nun fällt mir weiter nichts ein, ich bin aber überzeugt, daß ich das Wichtigste vergessen haben werde, wenn Sie fort sind. — Präs.: Nun muß ich doch sagen, daß es ein Vertrauensbruch sondergleichen ist, wenn Sie sich unter der Maske eines Mannes, der Beziehungen zu der „Staatsbürger-Zeitung" habe, bei Ahlwardt einführten und dann etwas veröffentlichten, was ihm nachtheilig war. — Angekl.: Ob es für ihn zum Vortheil oder zum Nachtheil war, hatte ich gar nicht in der Hand, ich habe nur die Wahrheit berichtet. — Präs.: Halten Sie es denn, abgesehen vom kriminellen Standpunkte, vom Standpunkte der Moral aus für zulässig, so zu handeln, wie Sie es gethan? — Angekl.: Herr Präsident, ich hatte die Absicht, mich ihm zu offenbaren, ich kam aber nicht gleich dazu, und als Ahlwardt mir die hauptsächlichsten Mittheilungen gemacht, war es zu spät; es hätte wie Hohn ausgesehen, wenn ich mich dann als Vertreter des „Kleinen Journals" zu erkennen gegeben hätte. — Präs.: Und so zogen Sie es vor, das Vertrauen des Mannes weiter auszubeuten.

Die Beweisaufnahme beginnt mit der Vernehmung des Gefängnißinspektors Schmidt. Der Zeuge bekundet, daß der Angeklagte ihm einen Gruß von dem Redakteur Fränkel gebracht und daran die Bitte geknüpft habe, eine Unterredung mit Ahlwardt zu gestatten. Ich nahm an — so fährt der Zeuge fort — daß ich einen Bruder Fränkel's vor mir hatte, muß aber bekonen, daß Saling nichts äußerte, woraus ich diese Annahme schöpfen konnte. Ich machte zuerst Schwierigkeiten, da kurz zuvor in der Presse ein Artikel erschienen war, der unwahre Behauptungen über die Behandlung Ahlwardt's im Gefängnisse enthielt, wodurch uns Unannehmlichkeiten erwachsen waren. Schließlich erlaubte ich aber die Unterredung und führte den Angeklagten in Ahlwardt's Zelle. Der Besucher führte sich mit der Bemerkung ein, daß er Grüße von dem gemeinsamen Freunde Andersen bringe. Ahlwardt fragte den Angeklagten, ob er bei der „Staatsbürger-Zeitung" sei, worauf der Gefragte erwiderte: „Nein, das gerade nicht, aber ich gehöre so gut wie dazu." Am Schlusse der Unterredung richtete Ahlwardt an den Besucher die Bitte, darüber nichts in die Zeitungen zu bringen, worauf ich sagte: Darum möchte ich auch bitten. — Präs.: Bezog sich diese Bitte auf die Unterredung oder nur auf die Behandlung Ahlwardt's im Gefängnisse? — Zeuge: Zweifellos auf die Unterredung. — Angekl.: Ich muß dabei bleiben, daß dies eine irrige Auffassung des Inspektors ist. —

Berth.: Können Sie bekunden, daß von dem Briefe Hertwig's und der Behandlung Ahlwardt's im Gefängniß in Ihrer Gegenwart überhaupt nicht die Rede war? — Zeuge: Das kann ich nicht, ich besinne mich nicht darauf. — Dr. Friedmann: Haben Sie etwas von der Pantomime bemerkt, welche Ahlwardt dem Angeklagten gemacht hat, um eine Zigarre zu erlangen? — Zeuge: Nein, das konnte ich nach der ganzen Situation nicht. — Vertheidiger Dr. Friedmann: Haben Sie nun, nachdem der Artikel im „Kleinen Journal" erschienen war, noch vor Ihrer Vernehmung vor Gericht, mit Ahlwardt über die ganze Affäre eine Unterhaltung gehabt? — Zeuge: Nein. Ich wurde nach dem Erscheinen des Artikels polizeilich angefragt, wer der Interviewer war, ich habe dann den Rektor Ahlwardt danach gefragt, derselbe erklärte aber, daß er den Herrn auch nicht kenne. — Dr. Friedmann: Es liegt doch menschlich sehr nahe, daß Sie bei dieser Gelegenheit Herrn Ahlwardt gesagt haben: „Nun hat dieser Mensch die Sache doch in die Presse gebracht, nun werde ich wohl Nackenschläge haben." Haben Sie Derartiges zu Herrn Ahlwardt gesagt? — Zeuge: Nein, wenigstens kann ich mich nicht darauf besinnen. — Dr. Friedmann: Sie erkennen ja wohl den Inhalt des Artikels als richtig an? — Zeuge: Jawohl! — Dr. Friedmann: Dann ist es also auch wohl richtig, daß der Rektor Ahlwardt in der That gesagt hat, er wolle alles in Bewegung setzen, um den Prozeß hinzuziehen bis zur Wahl? — Zeuge: Ja, von Aehnlichem ist die Rede gewesen, daß es ihm angenehm wäre, wenn der Prozeß bis nach der Stichwahl in Friedeberg-Arnswalde verschoben würde. — Vertheidiger: Das ist doch nicht ganz dasselbe. Wissen Sie, daß der Rektor Ahlwardt direkt gesagt hat, er wolle kein Mittel unversucht lassen, um die Sache bis nach der Wahl zu verschleppen? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen.

Zeuge Ahlwardt schließt sich im Allgemeinen der Darstellung des Vorzeugen an. Der Angeklagte habe sich unter Berufung auf einen Herrn Anderssen eingeführt und auf die Frage, ob es der Hamburger Herr dieses Namens sei, habe der Angeklagte gesagt: „Nein, der Anderssen von der „Staatsb. Zeitung". Er habe dann den Angeklagten gefragt: „Kommen Sie in direktem Auftrage der „Staatsb. Ztg."? worauf der Angeklagte antwortete: „Das kann ich wohl nicht sagen, aber es ist so gut, wie in direktem Auftrage." Der Angeklagte habe sich dann bereit erklärt, alle Bestellungen, welche er etwa bezüglich des Prozesses habe, gut und pünktlich bestellen zu wollen. Er habe ihm denn auch mehrere Bestellungen mitgegeben, unter anderm an seine Familie, um ein paar Bücher zu erhalten. Der Angeklagte habe alles freundschaftlichst übernommen, überhaupt auf ihn einen sehr vertrauenswürdigen Eindruck gemacht. Aber während des Gesprächs habe er doch ein unheimliches Gefühl bekommen und da habe er am Schlusse des Gesprächs ausdrücklich gesagt: „Ich muß aber unter allen Umständen bitten, daß von dem, was wir hier gesprochen haben, kein Wort in die Zeitungen kommt." Er habe das auch damit motivirt, daß er es ganz leidlich im Gefängnisse habe und seine Position durch Veröffentlichungen nicht verschlechtern möchte. Dann sei auch der Inspektor Schmidt hinzugetreten und habe gesagt: „Ja, darum muß ich allerdings auch dringend bitten." Der Angeklagte habe darauf Beiden geantwortet: „Selbstverständlich!" oder „Natürlich". Er müsse sagen, daß aus dem Bericht im Allgemeinen die Tendenz zur bewußten Lüge nicht hervorgehe. Er habe auch während der Gerichtsverhandlung das Gefühl gehabt, daß Saling im Allgemeinen nicht die Unwahrheit sagte, aber er sei ganz empört gewesen, als derselbe dann eidlich die Aufforderung, nichts in die Presse zu bringen, ableugnete. Er wußte schon damals, daß der Zeuge klipp und klar einen Meineid leistete. Inzwischen sei er milder gestimmt geworden und sage sich jetzt, daß der Angeklagte wohl nur aus Scham, vor Gericht in direkter Judasrolle zu erscheinen, den Meineid geleistet habe. Der Meineid sei aber auch ein bewußter, da der betreffende Wunsch nicht von einer, sondern von zwei Seiten ausgesprochen worden sei. — Der Zeuge, welcher zugiebt, daß er von dem Angeklagten zwei Zigarren erhalten habe, behauptet, daß er bei dem Interview immer nur auf die Fragen des Angeklagten geantwortet habe. Berth. Dr. Friedmann hält dies für ganz unmöglich und hält dem Zeugen eine ganze Reihe von Stellen vor, in welchen von der Geltendmachung der Immunität seitens Ahlwardt's, der Schritte, welche bezüglich des Prozesses zu unternehmen seien rc. die Rede ist. Der Vertheidiger behauptet, daß alle diese Dinge unmöglich aus dem Kopfe des Angeklagten entsprungen sein und Ahlwardt darauf nur mit Ja oder Nein geantwortet haben könne. Zeuge Ahlwardt behauptet, daß zunächst wohl die Anregungen jedenfalls vom Angeklagten ausgegangen seien, daß er dann aber wohl in dem weiteren Gespräche auch eigene Gedanken hinzugefügt habe. Er habe immer unter dem Gedanken gestanden, daß er einen Herrn von der „Staatsbürger-Zeitung" vor sich habe. Von einem in dem Bericht erwähnten „Gnadengesuch" wisse er überhaupt nichts, ebenso nichts davon, daß er gesagt habe, er hoffe, daß er wegen seines guten Glaubens mit drei Monaten Gefängniß davon kommen werde. Im Gegentheile habe er geglaubt, freigesprochen zu werden oder aber angesichts seiner schweren Angriffe eine schwere Strafe zu erhalten. Er bleibe dabei: Es sei absolut unmöglich, daß der Angeklagte hätte annehmen können, die Bitte, nichts in die Zeitung zu bringen, beziehe sich nur auf seine Behandlung im Gefängnisse.

Die Beweisaufnahme ist damit beendigt.

Assessor Dr. Keßler hält die Schuld des Angeklagten für klar auf der Hand liegend. Der Angeklagte sei absolut nicht glaubwürdig. Der extrem-antisemitische Standpunkt des Zeugen Ahlwardt sei ja allgemein bekannt. Der Angeklagte wußte also sehr genau, daß Ahlwardt, sobald er den Namen Saling hörte, ihm niemals eine Unterredung gewähren würde. Er habe also Ahlwardt etwas vorgespiegelt, sich unter der Maske eines Freundes in Ahlwardt's Vertrauen eingeschlichen. Jeder Mensch, in welchem nur noch ein Funke deutscher Treue glühe, müsse das Vorgehen des Angeklagten als ein ganz perfides halten. Ein Mensch, der sich mit Hilfe einer Lüge in das Gefängniß schleiche, verdiene keinen Glauben. Das Motiv zu dem Meineide liege in der That darin, daß der Angeklagte eine Judasrolle gespielt habe. Die persönliche Eitelkeit und die Feigheit, einen Fehler einzugestehen, habe ihn zu einem Meineide geführt. Er habe eine ganz erbärmliche, nichtswürdige Haltung dem Zeugen Ahlwardt gegenüber bewahrt, jetzt sei es an den Geschworenen, ihm die Maske herunter zu reißen und ihn dahin zu bringen, wohin er gehöre: ins Zuchthaus!

Während der dann folgenden Vertheidigungsrede des Rechtsanwalts Friedmann erklärt Zeuge Ahlwardt noch zur Sache, daß nach Mittheilung des Anstaltsgeistlichen auch bei diesem ein Mann war, der sich als Amtsbruder oder „ein Stück Amtsbruder" vorgestellt habe, auf welchen die Personalbeschreibung des Angeklagten passe. — Angekl. Saling bestreitet, bei dem Anstaltsgeistlichen gewesen zu sein.

Rechtsanwalt Friedmann giebt den Geschworenen an die Hand, daß sie nur nach der Schuld oder Unschuld des Angeklagten zu fragen haben, nicht aber danach, ob derselbe ins Zuchthaus oder ins Gefängniß gehöre. Der Staatsanwalt habe von „Nichtswürdigkeit", „Ehrlosigkeit", „Maske abreißen" rc. gesprochen. Er wolle in der Herbheit des Ausdruckes nicht mit dem Staatsanwalt wetteifern, sondern erkläre: Was der Angeklagte gethan hat, geht über alles Maß eines journalistischen oder diplomatischen Trits hinaus, er hat zweifellos unanständig gehandelt. Das hat aber mit der Sache nichts zu thun, und dazu braucht man gar nicht erst an die „deutsche Treue" zu erinnern. — Der Vertheidiger sucht dann in ausführlicher Ausführung darzulegen, daß unter Abwägung der Glaubwurdigkeit des Rektors Ahlwardt und des Angeklagten, unter Berücksichtigung der Thatsache, daß der letztere ins Gefängniß gegangen war, um ja gerade „etwas in die Presse zu bringen" und angesichts der ganzen Situation es durchaus nicht unwahrscheinlich sei, daß der Angeklagte das Gesuch, „nichts in die Presse zu bringen", thatsächlich nur auf „wahrheitswidrige Berichte über seine Behandlung im Gefängniß" bezogen habe. Es handle sich hier also um den in Zivilstreitigkeiten so oft zu Tage tretenden Zweifel über den mutuus consensus (die gegenseitige Willensübereinstimmung). Der Vertheidiger bemängelt die Glaubwürdigkeit des Zeugen Ahlwardt, der ein konfessioneller und politischer Gegner des Angeklagten, ferner von ihm dupirt worden sei und doch nicht ganz glaubhafte Aussagen über die Art gemacht habe, in welcher die Fragen und Antworten bei der Unterredung zu stande gekommen seien. Dazu komme, daß der Angeklagte die beabsichtigte Verschleppungsmethode Ahlwardt's an die große Glocke gebracht und dieser trotzdem von der Anklagebank aus diese Verschleppung abgeleugnet habe. Endlich müsse man doch erwägen, daß der Angeklagte ja gar keine Veranlassung hatte, ein allgemeines Verbot der Veröffentlichung zu erlassen, da er ja angeblich glaubte, einen Herrn der „Staatsbürger-Zeitung" vor sich zu haben und es der letzteren doch nur angenehm sein konnte, recht viel Worte von ihrem Heiligen Ahlwardt zu veröffentlichen. Der Vertheidiger kam am Schluß seines mehr als einstündigen Plaidoyers zu dem Antrag, die Schuldfrage zu verneinen und eventualissime nur fahrlässigen Meineid anzunehmen.

Nach scharfer Replik und Duplik zwischen Staatsanwalt und Vertheidiger ziehen sich um 1½ Uhr die Geschworenen zur Berathung zurück.

Die Geschworenen verneinen beide Schuldfragen, sowohl die auf wissentlichen wie die auf fahrlässigen Meineid. Der Angeklagte wurde demgemäß freigesprochen.

Die Eislebener Affäre vor Gericht.

Eisleben, 28. Februar.

Zweiter Tag der Verhandlung.

Vor Eintritt in die Verhandlung stellen der Staatsanwalt und der Vertreter der angeklagten Bergleute, Rechtsanwalt Keil, fest, daß Zeuge Zaber eine kleine Polizeistrafe wegen Uebertretung und Angeklagter Ritter eine sechswöchentliche Gefängnißstrafe wegen Widerstandes erlitten haben. Ferner behauptet der Rechtsanwalt Keil, daß der Zeuge Erdmenger entgegen seiner eidlichen Bekundung als Bergmann „abgelegt" worden sei, wofür er den Beweis zu erbringen in der Lage sei. Erdmenger erklärt, daß er seine Entlassung gefordert bevor er abgelegt worden sei. Der nunmehr zur Vernehmung gelangende Zeuge Lange weiß nichts Bestimmtes über die Entwickelung der Schlägerei anzugeben. Der nächste Zeuge, Bergmann Rogge, dessen Vereidigung auch ausgesetzt wird, will, obgleich er einer der ersten von den Bergleuten war, ebenfalls nicht wissen, wie die Schlägerei entstanden. Ueber den Vorgang mit Franke am Buffet macht er widersprechende Angaben und stellt der Rechtsanwalt Heine fest, daß er in der Voruntersuchung anders ausgesagt wie heute. Rogge bestreitet, entgegen der Bekundung anderer Zeugen, daß er sich an der Schlägerei betheiligte. Auf Drängen des Rechtsanwalts Heine giebt er zu, daß Franke sehr wohl glauben konnte, die Bergleute wollten ihm zu Leibe, dagegen hat er nicht gesehen, daß Knüttel und Stuhlbeine gegen Franke geschwungen wurden, auch will er die Drohung Liebau's nicht gehört haben. Zeuge Erdmenger hat genau gesehen, daß Rogge auf einen Ulan losgeschlagen hat und bleibt trotz Verwarnung des Präsidenten dabei. Auch andere, bereits vernommene Zeugen haben den R. schlagen sehen.

Infolge verschiedener Fragen, welche der Rechtsanwalt Heine an diesen sowie an andere bereits vernommene Zeugen richtet, äußert sich der Staatsanwalt darüber in mißliebiger Weise, der Ansicht Ausdruck verleihend, es scheine ihm, daß der Herr Vertheidiger sich in unbegründete Vermuthungen ergehe. Daß die reichstreuen Bergleute die sozialdemokratischen Embleme heruntergerissen, sei erklärlich, da ihnen dieselben „ein Dorn im Auge gewesen". Rechtsanwalt Heine verwahrt sich gegen den Vorwurf, sich in unbegründeten Vermuthungen zu ergehen. Seine Fragen seien auf die Aufklärung der Sachlage gerichtet.

Von den Aussagen des Zeugen Kellners Köhler ist nur hervorhebenswerth, daß er bemerkt, wie Liebau sich bei dem Tumult geberdet und sich wie ein „Wilder" benommen habe.

Zeuge Steiger Schiering, unbeeidigt vernommen, weiß nicht, daß die Bergleute vom Vorgesetzten aufgefordert sind, die Versammlung zu sprengen, ist, wie die anderen Bergleute, zuerst im Wachsmuth'schen Restaurant gewesen, aber von dort allein nach dem Versammlungslokal gegangen, wo der Tumult schon recht im Gange war. Daß die Bergleute geschlagen, hat er nicht gesehen. Im Saal hat er gelesen und nicht gesehen, wie sich die Affäre abgespielt hat. Er will sich auch an der Schlägerei nicht betheiligt haben. Ob im reichstreuen Verein, dessen Ehrenmitglied er ist, die Parole zur Sprengung der Versammlung ausgegeben, ist ihm nicht bekannt. Der in der rohesten Weise mißhandelte Zeuge Bischof bekundet, daß er gesehen, wie Glatz mit dem Spaten das Thürfenster eingeschlagen, und schildert dann, wie er auf die Worte Köhler's: „Schlagt den Hund todt!" rc. überfallen, zu Boden geworfen und von allen Seiten geschlagen worden sei, und als er sich wieder zu erheben suchte, hat ihn jemand mit dem Stiefelabsatz ins Gesicht getreten, infolge dessen der Unterkiefer gespalten wurde. Ob der Angeklagte Hoffmann ihm den Tritt versetzt, weiß er nicht anzugeben. Laut dem vom Rechtsanwalt Heine übergebenen ärztlichen Attest hat B. außer der Wunde im Gesicht vier weitere erhebliche Wunden auf dem Kopf gehabt. Eine ganze Reihe von Zeugen, namentlich Bergleute, wissen Erhebliches zur Aufklärung des Sachverhalts nicht beizutragen. Die Bergleute stimmen merkwürdigerweise fast sämmtlich darin überein, daß sie wohl gesehen, wie aus dem Saal herausgeschlagen und geworfen, aber keiner will gesehen haben, daß ein Bergmann hineingeschlagen oder auch nur den Stock geschwungen hat. Bei genauerem Fragen stellt sich fast immer heraus, daß die Zeugen gar nicht im Anfange mit dabei gewesen sind, und somit nichts Bestimmtes auszusagen wissen.

Zeuge Redakteur Hoffmann aus Zeitz bekundet, daß das gegen die Bergleute gerichtete Verbot gegen sein Wissen und seinen Willen erfolgt sei. Auf der Reise von Halle ist ihm bereits von ihn begleitenden Genossen mitgetheilt worden, daß ein Ueberfall von den Bergleuten geplant sei. Als die Bergleute später auf seinen Vorschlag hereingelassen wurden, hat es nur wenige Sekunden gewährt, bis die Schlägerei im Gange war, und zwar haben die Bergleute damit begonnen. Liebau hat mitten im Saal gestanden, mit einem Stock in der Luft herumgerichtelt und gerufen: „Wo ist der Bergolder?", wobei er ihn, ohne ihn zu kennen, mit dem Arme berührt habe. Wie sich die Schießerei abgespielt, kann er nicht genau angeben, da Franke und die andern Parteigenossen vor ihm standen. Gleich nachdem die Schüsse gefallen, sei er mit den andern Parteigenossen in die Küche geflüchtet, aus welcher er sich freiwillig entfernt, als er bemerkt, welche Folgen die Empfehlung des Polizeisergeanten Köhler: „Das ist auch so Einer!" und „da ist der Hund" hatte. Er ist dann auch ziemlich unbehelligt, nur mit Verlust seiner Schirmkrücke nach dem Bahnhof entkommen. Zeuge äußert die Ansicht, daß das sonderbare Auftreten Köhler's die Bergleute veranlaßt habe, alle aus dem Lokale kommenden Personen in so scheußlicher Weise zu mißhandeln.

Rechtsanwalt Keil hält die Glaubwürdigkeit des Zeugen für zweifelhaft und beantragt ein von demselben verfaßtes Extrablatt, in welchem jene Affäre geschildert wird, zu verlesen. Dieser Antrag wird von dem Staatsanwalt ganz energisch befürwortet, um zu beweisen, welcher Art die von dem Angeklagten betriebene Agitation sei. Dieselbe müsse hier „festgenagelt" werden, indem die von dem Zeugen in die Welt geschleuderten Behauptungen gänzlich unerwiesen seien. Rechtsanwalt Heine erklärte, daß er die betreffenden Behauptungen zu beweisen gedenke, übrigens sei es ihm gleichgiltig, ob das Extrablatt verlesen werde. Der Gerichtshof beschließt, die Verlesung des Blattes abzulehnen, weil der Inhalt nicht geeignet ist, die Glaubwurdigkeit des Zeugen zu erschüttern. Zeuge Kammmacher Müller will gehört haben, daß der Vorstand des reichstreuen Vereins den Beschluß gefaßt habe, die Sozialdemokraten aufzuheben, was von dem Vorstandsmitgliede Schunker bestritten wird. Polizeisekretär Müller giebt zu, dem Wunderlich auf dessen Anfrage die Antwort gegeben zu haben, in eine öffentliche Versammlung könne Jeder gehen. Auf Anfrage des Rechtsanwalts Heine, ob er auch gesagt: „mit dem 10 Pf. Entree, das werden wir schon verhindern", erklärte er, sich dessen nicht mehr erinnern zu können, hält es aber für möglich. Zeuge Seltäk, welcher bekunden soll, daß Kammmacher Müller dem Schunker ernste Vorhaltungen darüber gemacht, daß derselbe seine Kameraden zu dem Ueberfall kommandirt, weiß sich des Gespräches nicht mehr genau zu erinnern. Mehrere vom Rechtsanwalt Keil vorgeschlagene Zeugen, welche bekunden sollen, daß die Schlägerei von den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins begonnen worden ist, machen darüber unbestimmte Angaben, sodaß eine Klarstellung der Sachlage dadurch nicht erfolgt. Auf eine diesbezügliche Bemerkung des Präsidenten erklärt der Rechtsanwalt Keil, daß diese Zeugen zum Theil sogar „schwarz auf weiß" ganz andere Aussagen abgegeben haben. Ebenfalls als mißlungen ist der Versuch Wunderlichs zu erachten, den Beweis zu erbringen, daß er keinen Gummischlauch bei sich geführt. Zeuge Einicke wird vom Rechtsanwalt Heine befragt, ob er nach der Affäre nicht dem Zeugen Pallas erzählt, er sei von dem Bergmann Michel bestellt, nach der Versammlung zu gehen, und habe ihm gerathen, einen rothen Shlips anzuknöpfen und einen Hut aufzusetzen, was sich der Zeuge nicht mehr zu erinnern vermag, doch besteht Pallas auf seiner Bekundung.

Die weiteren Aussagen sind von geringem Belang, und wird die Verhandlung um 5½ Uhr bis morgen Vormittag 9 Uhr vertagt.

Soziale Uebersicht.

Achtung Gewerkschaften Berlins!

Seit kurzer Zeit sind von verschiedenen Gewerben Berlins, bei partiellen oder Werkstättenstreiks, an die Streik-Kontrollkommission Aufforderungen zur Abstempelung von Listen gerichtet worden.

Um Klarheit in dieser Sache zu schaffen, geben wir bekannt, daß der Ausschuß der Berliner Streik-Kontrollkommission nicht berechtigt ist, ohne weiteres die Sammellisten bei Werkstättenstreiks abzustempeln; sondern daß es Sache der betreffenden Gewerkschaft selbst ist, die Mittel für derartige, kleinere Streiks aus den Reihen der Gewerksgenossen aufzubringen. Wenn zwar von seiten dieser Gewerkschaften betont wird, daß sie auf Listen, die nur den Gewerkschaftsstempel tragen, keine Mittel zusammenbringen können, weil der Stempel der Streik-Kontrollkommission fehle; so sei nochmals auf die schon oft hervorgehobenen Beschlüsse der Streik-Kontrollkommission hingewiesen. Dieselben besagen: Sammlungen, die sich innerhalb des Rahmens der Gewerkschaft erstrecken, bei kleineren Streiks u. s. w. bedürfen des Stempels der Streik-Kontrollkommission nicht. Wir ersuchen deshalb die Gewerkschaften bei vorkommenden Fällen auf obiges zu achten.

Der geschäftsführende Ausschuß der Berliner Streik-Kontrollkommission:
J. A. Hermann Faber, S.O., Grünauerstr. 4, H. I.

Achtung, Schuhmacher! Die Lohndifferenzen in der Schuhwaarenfabrik von Fürstenheim u. Co., Neue Friedrichstr. 37, sind zu Gunsten der Arbeiter beigelegt und wird morgen die Arbeit wieder aufgenommen. J. A.: Die Agitationskommission.

Die Firma Fürstenheim u. Co. theilt uns berichtigend mit, daß nicht alle Putzer, sondern nur einige derselben die Arbeit in ihrem Geschäft niedergelegt haben. Der Lohnabzug sei erfolgt, weil die Abzüge, die bisher von den Putzern hergestellt seien, jetzt mit Maschinen gemacht würden. Die Arbeit erfordere dadurch weit weniger Zeit, sodaß trotz des Lohnabzugs fortan die Arbeiter mehr als bisher verdienen würden. So ganz im Unrecht werden die Arbeiter übrigens nicht gewesen sein, da die Firma, wie an anderer Stelle ersichtlich, sich mit denselben bereits wieder geeinigt hat.

Achtung, 9. Gruppe! (Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.) Hiermit gebe ich den Kollegen und Kandidaten bekannt, daß wir am Sonntag, den 12. März, Vormittags 9 Uhr, in meinem Lokal, Köslinerstr. 17, die letzte Abrechnung betreffs der Bons zu den Gewerbegerichts-Wahlen haben. Ich ersuche nun sämmtliche Kollegen, die im Besitz von Bons sind oder sonst in betreff dieser Sache mit mir zu thun haben, pünktlich zu erscheinen, damit ein endgiltiger Abschluß erfolgen kann.

Rudolph Wendt, Köslinerstr. 17,
Delegirter der Hilfsarbeiter zur Streik-Kontrollkommission.

Die Vorstände von Unterstützungs-Kassen oder Vereinen werden freundlichst ersucht, ihre Adressen an eine der unten angegebenen Personen recht bald gelangen zu lassen, um in der Aerztefrage zu verhandeln.

Friedr. Freudenreich, Reichenbergerstr. 8.
Otto Köppen, Gitschinerstr. 109.

Bekanntmachung. Da der Streik in Mittweida beendet ist und wir noch eine große Zahl Gemaßregelter zu unterstützen haben, auch sobald wie möglich abgerechnet werden muß, ersuchen wir, sämmtliche ausstehende Sammellisten schleunigst an uns abzuliefern. Gustav Rackwitz in Mittweida (Sachsen), Heinicherstraße 485.

3000 Feldarbeiter streiken, wie der „Vossischen Zeitung" gemeldet wird, in Molinella bei Bologna und Umgegend wegen verweigerter Lohnerhöhung. Tante Voß erklärt den Streik, der natürlich „ernste Unruhen" als Begleiterscheinung gehabt haben soll, für eine Folge der Aufreizung der Landarbeiter durch Sozialisten und Bologneser Studenten, aber sogar Tante Voß könnte wissen, daß der italienische Landarbeiter zu den ausgebeutetsten Arbeitern Europas gehört, so daß es wirklich keiner Aufreizung bedarf, um ihn zum Streik zu veranlassen. Die italienischen Grundbesitzer gehen noch über gewisse deutsche Agrarier, was freilich kaum glaublich, aber doch wahr ist.

Die Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Töpfer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands ist, wie wir auf Wunsch des Bevollmächtigten derselben mittheilen, nicht zu verwechseln mit der Kranken- und Zuschußkasse der Töpfer Berlins, über welche wir vor kurzem einige Notizen brachten. Erstere Kasse ist ebenfalls Zuschußkasse, hat aber ihren Namen nicht geändert; auch sind deren Zahlstellen dieselben geblieben. Beiträge und Beitrittsmeldungen werden nach wie vor entgegengenommen: Am Montag nach dem 1. und 15. im Monat von 8—9 Uhr Abends Lebuserstraße 5, am Mittwochs nach dem 1. und 15. im Monat von 7½—8½ Uhr Abends Ecke der Schwerin- und Ziethenstraße, am Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat von 7—9 Uhr Skalitzerstraße 11. Ferner täglich Gipsstraße 3 und Brunnenstraße 40. Ueber die Leistungen der Kasse geben die in den Zahlstellen erhältlichen Flugblätter Auskunft.

Das Reichs-Versicherungsamt hat unterm 5. Dezember vorigen Jahres entschieden, daß die von den Verwaltungsbehörden im Streitverfahren gemäß § 122 des Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes getroffenen Entscheidungen über die Beitragspflicht auch für diejenigen Behörden, welche die Renten festzusetzen haben (Vorstand der Versicherungsanstalt, Schiedsgericht, Reichs-Versicherungsamt) bindend sind. Danach ist die Möglichkeit ausgeschlossen, daß Personen, die von den Verwaltungsbehörden zur Beitragsleistung herangezogen wurden, später von den Spruchbehörden mit ihrem Rentenanspruch abgewiesen werden. Nur für die vorgesetzliche Arbeitszeit, welche gemäß den Uebergangsbestimmungen der §§ 156 ff. des Gesetzes in Betracht kommt, ist den Entscheidungen der Verwaltungsbehörden eine maßgebende Wirkung nicht zuerkannt worden.

Die Kölner Gewerkschaften haben im Severinsviertel versuchsweise eine Arbeitslosen-Statistik aufgenommen, und nachdem deren Resultat vorlag, den Beschluß gefaßt, auch in den übrigen 20 Stadtbezirken die Arbeitslosen zu zählen. Im Severinsviertel betrug die Zahl der Arbeitslosen 598, die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit 10 160 Wochen, so daß im Durchschnitt auf jeden 17 Wochen 1 Tag Arbeitslosigkeit kommen. Auf die einzelnen Berufe vertheilten sich die Arbeitslosen wie folgt: 8 Schneider waren zusammen 106 Wochen, je 13 Wochen ½ Tag arbeitslos; 39 Schreiner 675 W., je 17 W. 2 T.; 7 Zimmerer 115 W., je 16 W. 2½ T.; 45 Stuckateure und Maurer 481 W., je 10 W. 4 T.; 9 Klempner 169 W., je 16 W. 4 T.; 40 Maler 753 W., je 18 W. 5 T.; 3 Sattler 31 W., je 10 W. 2 T.; 2 Bäcker 30 W., je 15 W.; 9 Steinhauer 157 W., je 17 W. 8 T.; 41 Metallarbeiter 763 W., je 18 W. 3 T.; 15 Schuhmacher 238 W., je 15 W. 5 T.; 70 Frauen 1434 W., je 19 W.; 279 Tagelöhner 4633 W., je 16½ W.; 25 andere Arbeiter 575 W., je 23 W. Kosten hat die Statistik insgesammt 389,70 M. verursacht, so daß die Ermittlung jedes Arbeitslosen einen Aufwand von rund 65 Pf. erforderte.

Versammlungen.

Der Verband der Möbelpolirer hielt am 20. Februar seine Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen Paul Hoffmann von ihren Plätzen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Herr Dr. Christeller sodann einen Vortrag über Gewerbekrankheiten, der mit großem Beifall entgegen genommen wurde. An der äußerst regen Debatte betheiligten sich mehrere Kollegen, welche sich alle im Sinne des Referats aussprachen. Der Antrag des Kollegen Reuter, Vergnügungen des Verbandes aus der Versammlung durch drei Personen anzuregen, fand nach lebhafter Diskussion Annahme. Es wurde sodann die Abrechnung vom Weihnachtsvergnügen gegeben, wobei ein kleiner Ueberschuß erzielt worden war. Nachdem die Versammlung noch beschlossen hatte, auf den Gräbern der Märzgefallenen am 18. März einen Kranz niederzulegen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 22. Februar eine Versammlung ab, in welcher Otto Münzberg zum zweiten Vorsitzenden, Wilh. Sprenger zum Kassirer und Emil Kleophas zum Schriftführer gewählt wurde. Ferner wurde zum Beisitzer der Kollege Kühn und zu Revisoren die Kollegen Liecke, Haupts und Ehlene bestimmt. Sodann wurde beschlossen, den Vertrauensleuten fortan das „Korrespondenzblatt" für den Fall zuzuschicken, daß sie ihre Adressen und die Mitgliederzahl dem Schriftführer genau mittheilen. Von der letzten Matinee wurde berichtet, daß der Kollege Belau noch mit 4 Billets rückständig ist. Ein angekündigter Vortrag konnte nicht stattfinden, da der Referent nicht erschienen war. Das Sommerfest wird am 22. Juli abgehalten.

Der Allgemeine Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnenverein hatte am 22. Februar eine Versammlung, in welcher Kollege Arndt zunächst bekannt gab, daß abwechselnd in den verschiedenen Stadtbezirken alle 14 Tage eine Versammlung stattfinden wird. Die nächste derartige Versammlung tagt am 6. März im Nordosten. Hierauf wurde ein Schreiben des Reichstags-Abgeordneten W. Schmidt, welcher ein Referat zugesagt hatte, verlesen. Schmidt bedauerte, durch Krankheit am Erscheinen verhindert zu sein und versprach, den Vortrag in einer nachsten Versammlung halten zu wollen. Nachdem der Vorsitzende noch zur regeren Betheiligung an der Organisation aufgefordert hatte, fand Schluß der Versammlung statt.

Die Freie Vereinigung selbständiger Barbiere und Friseure hatte am 20. Februar eine Versammlung, in der Kollege Helbig einen Vortrag über die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung hielt. Nach Annahme einer Resolution, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte, wurde beschlossen, auf dem Grabe der Märzgefallenen einen Kranz niederzulegen. Hierauf wurde eine Statistik aus dem Barbiergewerbe verlesen, welche klar die traurigen Zustände dieses Berufes darlegte. Sodann trat der Kollege Müller, Exerzierstraße Nr. 4b, der Vereinigung bei. Des weiteren berichtete ein Kollege, daß bei Wertheim jeder, der für 50 Pf. kaufe, für 7 Pf. barbiert und frisirt werde; man ersehe daraus, daß der Großbetrieb sich auch des Barbiergewerbes zu bemächtigen scheine. Nach Erledigung verschiedener innerer Angelegenheiten fand Schluß der Versammlung statt.

Der deutsche Tischlerverband, Zahlstelle Norden, hielt am 23. Februar eine Versammlung ab, in welcher Kollege Th. Glocke über Umwälzungen in der Produktion und in den Eigenthumsverhältnissen referirte. Mit Interesse verfolgte die Versammlung die Ausführungen des Redners. Im weitern Verlauf der Versammlung wurden zu Werkstattkontrolleuren die Kollegen Witte, Gragert, Gieshoit, sowie zu Beitragsammlern Kozowreck und Schicke gewählt.

Rixdorf. Die Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Rixdorf und Umgegend hatte am 19. Februar ihre monatliche Mitglieder-Versammlung. Genosse Reherau hielt einen Vortrag über: „Die Entwickelung des Sozialismus", welcher allgemeinen Beifall fand. Zur Diskussion sprach Kollege Demelang. Bei Vereinsangelegenheiten wurde die Aufnahme neun neuer Mitglieder bekannt gemacht. Dem verunglückten Kollegen Schneegaß wurden 4 M. als Ertrag einer Tellersammlung zu theil.

Rummelsburg. In der letzten Generalversammlung des hiesigen Arbeitervereins erstattete der Kassirer den Kassenbericht. Derselbe ergab einen Ueberschuß von 202 M., wovon 150 M. dem Vertrauensmann übergeben und 50 M. für die ausgesperrten Bergarbeiter bewilligt wurden. Am Sonntag, den 12. d. M., fand eine öffentliche Versammlung des Arbeitervereins statt, welche von zirka 300 Personen besucht war. In derselben referirte Genossen Otto Klein über Bourgeoisie und Sozialdemokratie. Der Redner forderte am Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen zur regen Betheiligung an den bestehenden Organisationen auf. In der darauf stattfindenden Diskussion sprachen sämmtliche Redner im Sinne des Referenten. Unter Verschiedenem wurde lebhaft für die Verbreitung des „Vorwärts" und des „Volksblatt", sowie der gesammten sozialdemokratischen Literatur eingetreten. Ein Antrag, die Familie eines inhaftirten Genossen mit 20 M. zu unterstützen, wurde einstimmig angenommen. Von seiten der Lokalkommission wurden die hiesigen sowie die Berliner Genossen auf das Lokal Café Bellevue (Inhaber Adolf Menk) aufmerksam gemacht, da der Wirth seinen Saal zu unseren Versammlungen verweigert. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

In Charlottenburg fand am 20. Februar eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Herr Stüve aus Hamburg über Hamburg und die Cholera referirte und seine Ausführungen durch 40 Lichtbilder illustrirte. Der interessante Vortrag wurde mit großem Interesse von der Versammlung verfolgt und am Schluß mit lebhaftem Beifall belohnt. In einem Schlußwort wies Herr Stüve noch darauf hin, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft in Hamburg es gewesen ist, welche mit Eifer sich zur Durchführung der von der Behörde getroffenen Maßnahmen hergegeben und das Möglichste in der Bekämpfung der Seuche geleistet hat, als der größte Theil der „Ordnungsstützen" seine Hamburg verlassen hatte. Nachdem noch an die Anwesenden die Aufforderung ergangen war, der politischen und gewerkschaftlichen Organisation beizutreten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher, Zweigverein Berlin. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 2. März, Abends 10 Uhr, Rosenthalerstr. 38.

Lehrkursus der Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Donnerstag, den 2. März, Abends 8½ Uhr, bei Bolz, Alte Jakobstr. 75, Vortrag des Herrn Dr. Christeller.

Arbeiter-Bildungsschule. Donnerstag Abends 8½—10½ Uhr: Süd-Schule: Hagelsbergerstraße 48: Unterricht in Deutsch (oberes). Südost-Schule, Reichenbergerstr. 133: Geschichte (mittl.), Kaufmännisches Rechnen, Wechselrecht und Korrespondenz; Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Physiologie; Nord-Schule, Müllerstr. 179a; Unterricht in Chemie. In allen Unterrichtsfächern, mit Ausnahme Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt, im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- u. Diskutirklub. Donnerstag. Dietzgen, Abends 8½ Uhr, bei Schröder, Wiesenstr. 39. — Neue Zeit, Abends 8½ Uhr, Boyenstr. 40, bei Giesholt. — Süd-Ost, bei Tollsdorf, Sorauer- und Görlitzerstraßen Ecke. — „Klub der Freunde" bei Gnadt, Swinemünderstraße 129. — August Geib, Donnerstag bei Zubeil, Naunynstraße 66, Abends 9 Uhr. — Hasenclever, Abends 8½ Uhr, Restaurant Bischof, Baumschulenweg Treptow. Emanzipation, Abends 8½ Uhr bei Spät, Weinstr. 28 — Diskutirklub der Hausdiener, Abends 9 Uhr bei Sommer, Grünstr. 21: Sitzung. — Sozialistischer Lese- und Diskutirklub Abends 8½ Uhr, Manteuffelstr. 60. — Diskutirklub „Zeitgeist" jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. des Monats bei Tempel, Langestr. 65, Abends 8½ Uhr.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 70

Donnerstag. Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme neuer Mitglieder. — St. Urban, Annenstr. 9, bei Prog. — Kornblume, Blumenstr. 54, bei Wuttke. — Frühlingslust, Bülowstr. 69, bei Werner. — Brezelschuh, Annenstr. 16, bei Kessner. — Weiße Rose, Reinickendorf, Seeschlößchen bei Böttcher. — Morgenroth 1, Rummelsburg, Berlinerstraße 9, bei Friesecke. — Dorfglöcklein, Wilmersdorf, Berliner- und Auguststr.-Ecke bei Schulz. — Einigkeit (Hutmacher), Pappel-Allee 3/4, b. A. Meinhardt. — Harmonie, Tempelhof, Dorfstr. 10, bei Gerth. — Zukunft 2, Nieder-Schönhausen, Buchholzerstraße bei Hempel. — Ost- und Westpreußischer Männer-Gesangverein, Holzmarktstr. 8, bei Peter — Edelweiß, Melchiorstraße 15, b. Stehmann. — Borax, Wienerstr. 31 b. Trügemüller. — Maiglöckchen 2, Süd-Ost, Reichenbergerstr. 16 b. Pätzold. — Einigkeit 2, Groß-Lichterfelde, Amalienstraße, b. Hann. — Freie Sänger, Krautstr. 6, bei Rudolf. — Zukunft 3, Helten, bei W. Grunow. — Kreuzberger Harmonie, Fichtestraße 29, bei Kräsche. — Nordstern, Müllerstr. 7 bei Reichardt. — Morgengrauen, (Bäcker), 3 bis 6 Uhr Nachmittags, Gipsstraße 3 bei Pyritz. — Steinsetzer-Sängerchor, Kastanien Allee 28 bei Maiwald. — LiedesEcho, Reichenberger- und Forsterstraßen-Ecke, bei Spindler. Liedertafel Westend, Blumenthalstraße 5 bei Behrendt. — Vorwärts 9, Charlottenburg, Schillerstr. 102 bei Stahl. — Gesangverein Freundschaft 3, Brunnenstr. 114 bei Oswald Berliner. — Gesangverein Abendroth in Deutsch-Wilmersdorf bei Möller. — Gesangverein der Stuckateure Berlins und Umgegend, Seydelstraße 30 bei Preußer. — Arbeiter-Gesangv. Spandau Lynarstraße Restaurant Kielers. — Gesangverein „Vorwärts 2" Schönhauser Allee 35, bei Kuhlwein. — Arbeiter-Gesangverein Lyra 2, Charlottenburg, Cauerstr. 23, bei Lange. — Gesangverein Felsenfest (Gem. Chor), Badstr. 12, Victoriagarten. — Gesangverein Collegia 2 (freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker), Neue Friedrichstr. 44, bei Rölltg. — Gesangverein der Kürschner, Landsbergerstraße 31 bei Seehausen. — Gesangverein Proletariat (gem. Chor) Bockstr. 8, bei A. Moewes. — Gesangverein Arion in Wittenberge, bei Goring. — Gesangverein Glockenrein (gem. Chor) Kastanien-Allee 95/96. — Steinnelke, Köslinerstr. 17. — Sängerrunde, Koltbuserstr. 7, Cafee Braun. — Alpenrose, Grenzstr. 18 bei Seidel. — Frohsinn 2, Friedrichsberg-Lichtenberg, Frankfurter Chaussee bei Müller. — Treu und Fest, Louisenstr. 5 bei Nennig. — Gesangverein Brüderschaft (Hausdiener), Zitzewitzstraße 41 bei Seldemann. — Gesangverein Freundestreue (gem. Chor), Landsbergerstr. 31 bei Seehausen.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: P. Henkel, Beermannstr. 21, Hof 3 Tr. **Donnerstag:** Vergnügungsverein Bruderbund, Andreasstr. 3 bei Noll. — Rauchklub Graue Wolke, Krautstr. 48. — Musikverein Osiris, Adalbertstr. 21. — Geselliger Verein Grüne Eiche (vor dem Halle'schen Thor), Salmstr. 1 bei Katzorke. — Zimmerschützenverein Fein Korn, Bockstr. 41 bei Klatt. — Musikverein Paukenschwengel, Stallschreiberstr. 58 bei Sommer. — Kegel-Klub „Lustige 13", Wienerstr. 1 bei Boll. — Vergnügungsverein Jugendlust, Ohmgasse 3 bei Krebs. — Theaterverein Rhetorik, Naunynstr. 86 bei Zubeil.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Donnerstag. Männer-Gesangverein Alt-Dessau, Abends 9 Uhr, bei Klug, Wrangelstr. 91. — Gesangsabtheilung des sozialdemokratischen Arbeitervereins für Weißensee und Umgegend. Donnerstags und Sonnabends Abend: bei Müller (Pfefermüller), Königs-Chaussee. — Männer-Gesangverein Tyrolienne, Abends 9 Uhr bei Zaunmann, Reichenbergerstr. 73a. — Gesangverein Glockenrein, gemischter Chor, jeden Donnerstag von 9 bis 11 Uhr bei Knapp, Kastanien-Allee 95/96.

Privat-Theaterverein „Fidelen Geist", Abends 9 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstr. 18. — Theater-Verein „Vulkania" 9½ Uhr, Vorstädtisches Kasino, Ackerstr. 144.

Turnverein Gesundbrunnen (Gehrings-Abtheilung) turnt Montag und Donnerstag Abend von 8—10 Uhr, in der Turnhalle, Pankstr. 26.

Geselliger Verein Freiheit, Abends 9 Uhr, bei Thierbach, Schwedterstraße 44. — Geselliger Klub Blau-Veilchen, Abends 9 Uhr, Annenstr. 9 bei C. Prog. — Verein ehemaliger 22. Gemeindeschüler, punkt 9 Uhr bei Schröder, Stegligerstr. 18. — Pfropfenverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Helterhoff, Antonstr. 5. — Vergnügungs-Verein Renata 9 Uhr, Abends im Restaurant Götz, Oranienstr. 153. — Zitherklub Gleichheit Abend 9 Uhr, bei Hohn, Zionskirchplatz 11a. — Gesangverein Proletariat (gem. Chor) Abd. 9 Uhr, Uebungsstunde d. Möwes, Böckstr. 8. — Geselliger Verein Universum, Sitzung mit Damen Abends 9½ Uhr b. Hagemann, Lothringerstraße 61. Vorträge, Fidelitas. — Geselliger Klub der alten Moabiter, Stephanstr. 29, bei Bittko, jeden Donnerstag um 8½ Uhr und jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat Sitzung mit Damen. — Geselliger Verein Universum, Sitzung Abends 9½ Uhr, im Restaurant Neumann, Lintenstr. 19: Vorträge, Fidelitas. — Verein Gemüthlichkeit und Klub Humor, Abends 9½ Uhr, Lothringerstr. 105: Geselliges Beisammensein mit, Damen, Fidelitas und Tanz. — Männergesangverein Sangesfreunde Abends 9—11 Uhr, Pazenhofer Ausschank, Landsbergerstr. 82. — Verein Waldesgrün, Abends 9 Uhr Sitzung bei Redelin, Langestraße 108.

Rauchklub Kollegia, Abends 9 Uhr, in Bernhardi's Destillation, Skalitzerstr. 41. — Rauchklub Waldesgrün, Abends 8½ Uhr, Restaurant A. Gaspar, Reichenbergerstr. 113a. — Rauchklub Ohnesorge, Abends 9 Uhr Restaurant Ruder, Gräfestraße 18. — Rauchklub Kernspitze, Abends 8½ Uhr, bei A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8. — Rauchklub Arabi Pascha, Abends 9 Uhr, bei Berndt, Perlebergerstr. 17. — Klub Ohnestreit, Abend 9 Uhr bei Fürstman, Reichenbergerstraße 39. — Rauchklub Süd-West, Abends 9 Uhr, Simeonstr. 29 bei Flick. — Theaterverein Maiglöckchen, Englischer Hof, Neue Roßstr. 3. — Rauchklub Brüderlichkeit, von 9 bis 11 Uhr bei Lehmann, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Rauchklub Nordstern, jeden Donnerstag nach dem 15. im Monat bei E. Heinicke, Friedrich-Karlstr. 11, Friedrichsberg. — Rauchklub Eldorado, Abends 8½ Uhr, Restaurant W. Schulze, Ostbahnhof 7. — Rauchklub Sumatra, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Krause, Gitschinerstr. 98.

Skatklub Tournee, Abends 8½ Uhr, bei Ullrich, Wrangelstr. 84. — Skatklub Rückwärts, Abends 8½ Uhr bei Arndt Pallisadenstr. 47.

Ruderverein Vorwärts. Sitzung Abends 8 Uhr, bei Bodenburg, Kommandantenstr. 10—11. Gäste willkommen. — Schießklub Tell, Abends 9 Uhr bei Nikolei, Elisabethkirchstr. 17.

Vermischtes.

Eine gute Landwurst. Ueber die Herstellung der sogenannten „eigen gemachten Landwurst" durch die biederen Bauersleute macht die „Deutsche Fleischerzeitung" folgende Mittheilung: Wenn ein Bauersmann, welcher auch zum Verkauf Wurst fabrizirt, ein oder zwei Schweine geschlachtet hat, so hat er vorsorglich schon je nach Bedarf ein Quantum gehacktes Pferdefleisch in der Stadt bestellt, oder in den kleinen Städten, wo auf dem Schlachthof eine Freibank ist, geht die ganze Familie hin und jeder kauft vier Pfund von dem feilgehaltenen tuberkulösen Fleisch, da an einen Einzelnen größere Quantitäten nicht verabfolgt werden. Dann geht's fröhlich ans Wurstmachen, wobei sorgfältig darauf geachtet wird, daß die „eigen gemachte" Wurst für die Stadtkundschaft nicht mit der zum Selbstverbrauch hergestellten in Berührung kommt. So verdient der brave Bauersmann ein gutes Stück Geld und verwerthet seine Schweine besser als durch den Verkauf an den Fleischer.

In Wurzen hat, wie das „Sächs. Volksblatt" mittheilt, ein Spitzbube aus der Polizeistube den Stadtstempel gestohlen.

Ueberschwemmung. Die Donau hat bei Paks in Ungarn den Ort Gerjen überfluthet. In dem 1600 Einwohner zählenden Orte sind sämmtliche Häuser von der Hochfluth weggerissen worden. Viele Leute flüchteten in die Kirche, aber auch hier drangen die Fluthen ein. Auch die Kirche und die Schule sind eingestürzt. Viele Personen sind umgekommen. Noch 600 harren der Errettung. Von Pest sind Pioniere mit Pontons nach Gerjen abgegangen.

Briefkasten der Redaktion.

Marie Schröder. Der von Ihnen mitgetheilte Fall unterscheidet sich kaum von den vielen Fällen der Soldatenmißhandlung, die wir bereits in die Oeffentlichkeit gebracht haben. Daß alles sich so zugetragen, wie Sie es uns mittheilen, glauben wir gern; das genügt aber nicht. Die Thatsachen müssen ganz bestimmt lauten und auch unter vollen Beweis gestellt sein. Dieselben Rücksichten, die Ihrem Schwager es erwünscht sein lassen, daß sein Name nicht genannt wird, walten auch bei den Zeugen vor, die bei gerichtlicher Vernehmung gewöhnlich mit ihren Aussagen zurückhalten oder dieselben einschränken.

H. A. 13. Eugen Richter ist bis heutigen Tages Junggesell. Die Spar-Agnes ist ebenso wenig seine Frau, wie die Strampel-Annie seine Tochter; er ist nur ihr geistiger Erzeuger. Wie die Minerva dem Haupte Jupiter's, sind sie dem Haupte des großen Eugen entsprungen.

W. J. Ja, ja.

A. M. Die Klage muß schriftlich eingereicht werden. Nach Ihrer Darlegung können Sie klagen auf Entschädigung und auf Ausstellung eines Zeugnisses. Es ist am besten, Sie warten mit der Klage bis nach dem 1. April und wenden sich dann an das Gewerbegericht. Vorher müßten Sie sich an das Amtsgericht wenden. Vielleicht sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr bei uns vor.

1000 Bockmühle. Bitte, die Sachlage genauer, vielleicht mündlich, darzulegen. Der Brief ist nicht ganz verständlich.

A. B. Verhalten Sie sich im Termin recht ruhig, nicht provozirend. Die Minimalstrafe beträgt 3 M., die Maximalstrafe 2 Jahre Gefängniß. Zwischen 50 M. und 4 Wochen wird wohl herauskommen.

S. S., Würzburg. Leider läßt es sich nicht erzwingen, den Denunzianten zu nennen.

Alter Abonnent. Eine Verhandlung ohne Sie kann stattfinden; um dies auf jeden Fall zu verhindern, müssen Sie schriftlich beantragen, Sie als Nebenkläger zuzulassen.

Enge. Falls Sie bestimmtes Material haben, übergeben Sie es unseren Mitgliedern der Heinze-Kommission: Bebel oder Stadthagen.

Zukunft 20. Errichten Sie ein wechselseitiges Testament, Dasselbe muß dem Gericht übergeben werden.

E. K. 250. Wenn kein Testament vorhanden, erbt allerdings die Ehefrau nur die Hälfte.

C. K. Nein; nach 5 Jahren können Mädchen, falls sie sich verheirathen, die Hälfte ihrer Beiträge auf ihren innerhalb 3 Monaten nach Eheschluß gestellten Antrag zurückerhalten. Die Ansicht, daß Arbeiter oder Arbeiterinnen, sobald sie aus Arbeit treten, ihre Beiträge zurückerhalten, ist durchaus falsch. Sie ist durch den dummen Schwindel der Ordnungsparteien genährt, daß die Beiträge eine Sparkasse bildeten.

L. Wolkenstein. 1. Das sächsische Einkommensteuer-Gesetz läßt nur die Berechnung des letzten Jahres zu; Geschäftsreisen und Werkzeugunkosten werden als abzugsfähig nach uns gemachter Mittheilung in der Praxis nicht erachtet. 2. Nur für den Fall der Heirath erhalten nach § 30 nur weibliche Personen auf ihren Antrag die Hälfte der Rentenbeiträge zurück, und zwar auch erst nach 5 Jahren. Eine weitere Rückerstattungspflicht bezüglich der Hälfte der Beiträge findet in den Fällen des § 31 des Gesetzes statt. Daß die Beiträge sonst zurückgezahlt würden, sobald jemand selbständig wird, daß „das Geld nur gespartes Geld sei" 2c. ist purer, blanker Schwindel.

G. M. 2. 1. Es erben Mann, Bruder und Schwesterkind. 2. Ob ein Möbelhändler ein Recht auf Rücknahme der Möbel hat, hängt von dem Inhalt des Vertrages ab. Folgt eine dahingehende Befugniß nicht aus dem Vertrage, so steht ihm eine dahin gehende Befugniß nicht zu; aus dem Gesetz folgt sie nicht ohne Weiteres. 3. Der Ersatzreservist muß in Ihrem Falle warten, bis er eine neue Ordre erhält.

H. B. Hamburg. Die volljährige oder selbständige Tochter kann nicht gezwungen werden, zu ihrer Mutter zu ziehen.

M. Sch., Pirmasens. Die betreffende Broschüre besorgt Ihnen jede Buchhandlung, der Preis ist 50 Pfennig.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.